

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen
der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Der Finanzausgleich und die Gemeinden

Eine der größten Aufgaben, die der deutschen Innenpolitik der nächsten Jahre gestellt sind, ist der Neuaufbau und Umbau des Steuersystems. Diese Frage ist aufs engste verwoben und nicht zu lösen ohne eine gleichzeitige Reform des Finanzausgleichs. Dieser aber wiederum mündet ein in die großen Probleme des Einheitsstaates. Alle diese Gebiete politischer Zukunftsarbeit berühren nicht nur Reich und Länder, sondern vor allem auch die Gemeinden.

Das Problem des „Finanzausgleichs“ besteht in allen Ländern bundesstaatlicher oder bundesstaatsähnlicher Struktur. Denn in allen Staatsgebilden, in denen die Staatshoheit nicht an einer Stelle zentralisiert ist, ergibt sich die Frage, wer die Grundsätze der Besteuerung und der öffentlichen Ausgabenwirtschaft verbindlich bestimmen soll. Gegner des neuen Deutschlands glauben, die Republik für die unerkennbar vorhandenen Schwierigkeiten des Finanzausgleichs verantwortlich machen zu können. Das zeugt entweder von wenig geschichtlicher Bildung, oder aber es ist ein nur zu offenkundiges Mittel, die Neugestaltung des Reiches nach der Weimarer Verfassung in Mißkredit bringen zu wollen.

Auch das Bismarcksche Reich hatte von Anfang an mit finanziellen Ausgleichsschwierigkeiten zwischen Reich und Bundesstaaten zu kämpfen, die ihrem Wesen nach nichts anderes als „Finanzausgleich“ waren. Bismarcks finanzielles Prinzip war: dem Reich Zölle, Verbrauchsabgaben und Verkehrssteuern, den Staaten Besitz- und Einkommensteuer. In den ersten Jahren kam das Reich mit seinen eigenen Einnahmen aus. Aber bei dem ständig steigenden Finanzbedarf des Reiches, vornehmlich infolge der Rüstungs- und Kolonialpolitik, wurde dieses Prinzip bald durchbrochen. So sah sich das Reich gezwungen, die Länder zur Finanzierung seiner Aufgaben durch die sogenannten Matrikularbeiträge heranzuziehen. Erst 1906 und dann 1913 schuf sich das Reich nach heftigen Auseinandersetzungen mit den Bundesstaaten eigene Einnahmen durch Einführung der Reichswirtschaftssteuer und des Wehrbeitrages.

Nach dem Zusammenbruch sah sich das Reich vor ungeheuren Aufgaben gestellt. Die Lasten des verlorenen Krieges erforderten einen schnellen und radikalen Bruch mit dem alten System. Diesen Bruch vollzog die große Erzbergersche Finanzreform der Jahre 1919/20, die die Rahmenbestimmungen der Weimarer Verfassung ausfüllte. Die Verfassung weist dem Reich die „Gesetzgebung über die Abgaben und sonstigen Einnahmen zu“ und berechtigt es, „Grundsätze über die Zulässigkeit und Erhebungsart von Landesabgaben“ aufzustellen. Das erste Gesetz, das sich tatsächlich bereits mit der Regelung aller heute als „Finanzausgleich“ bezeichneten Fragen befaßt, ohne das Wort zu kennen, hieß „Landessteuergesetz“.

Was ist nun das Neue der Steuerpolitik seit 1919 im Gegensatz zu früher? Es läßt sich mit einem Satz sagen: War früher das Reich Kostgänger der Länder, so sind heute umgekehrt die Länder Kostgänger des Reiches und befinden sich in finanzieller Abhängigkeit von ihm. Bevor wir auf diese Umgestaltung und die sich daraus ergebenden Fragen eingehen, muß noch gesagt werden, was man unter „Finanzausgleich“ zu verstehen hat. Wie schon angedeutet, ist die Sache nicht neu. Aber das Wort selbst ist erst 1923 durch das „Finanzausgleichsgesetz“ bei uns heimisch geworden, nachdem es durch die Wissenschaft aus dem schweizerischen Staatsrecht übernommen war. Nach einer guten wissenschaftlichen Begriffsbestimmung handelt es sich bei dem Problem des Finanzausgleichs um die Verteilung der Rechte und Pflichten, Einnahmen bestimmter Art zu erheben und Ausgaben für be-

stimmte Zwecke zu bestreiten, auf verschiedene Gebietskörperschaften, d. h. Reich, Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden.

Die Neuregelung der Finanzpolitik sollte das Reich vor allem instand setzen, eine einheitliche großzügige Steuerpolitik zu betreiben, die nicht durch finanzpolitische Eigenbrötelei der Länder gestört werden kann. Ferner muß das Reich feste Einnahmen in der Hand haben zur Regelung der Reparationen und Kriegsschäden und zur Erfüllung der ihm neu übertragenen Aufgaben besonders auf sozialpolitischem Gebiet. Zu diesem Zweck hat das Reich die Erhebung und Verwaltung der größten Steuern selbst in Besitz genommen. Ferner steht im Finanzausgleichsgesetz das Verbot der sogenannten „konkurrierenden Länder- und Gemeindesteuern“ und der „systemwidrigen“ Steuern, d. h. kein Land und keine Gemeinde darf von sich aus Steuern erheben, die bereits das Reich erhebt oder die dem Sinn des vom Reich bestimmten Steuersystems zuwiderlaufen. Für die Steuern und Abgaben aber, deren Erhebung und Verwendung den Ländern oder Gemeinden noch zusteht, hat das Reich Normativbestimmungen aufgestellt, die verhüten sollen, daß diese Steuern in den einzelnen Ländern zu verschieden gestaltet oder etwa überhaupt nicht erhoben werden. Sie dienen also nicht nur dem Schutz des Reichssteuersystems, sondern in nicht geringerem Maße auch den Ländern selbst, weshalb man sie als steuerliche „Korsettstangen“ der Länderregierungen bezeichnet.

Da das Reich also die ertragreichsten Steuern an sich gezogen hat, andererseits aber der überwiegende Teil der öffentlichen Ausgaben von Ländern und Gemeinden bewirkt wird, ergibt sich die Notwendigkeit, den Ländern einen großen Teil der vom Reich erhobenen Steuern zurückzugeben (Ueberweisungssteuern). Dabei handelt es sich vor allem um die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer. Von den beiden ersteren behält nach dem heute geltenden Verteilungsschlüssel das Reich 25 Proz. Von der Umsatzsteuer erhält das Reich 70 Proz. Grunderwerb-, Kraftfahrzeug- und Kennwertsteuer werden zwar vom Reich erhoben, aber zu 96 Proz. den Ländern zurückerstattet.

Es liegt natürlich im Bestreben der Länder, möglichst viel vom Reich zu erhalten, wenn sie nicht schon selbst die großen Steuern bestimmen und erheben können. Man hört dabei oftmals die Behauptung, daß das Reich heute einen viel größeren Anteil aller von Reich, Ländern und Gemeinden erhobenen Steuern für sich in Anspruch nehme als vor dem Kriege. Einer genaueren Nachprüfung hält diese Behauptung nicht stand.

Im Jahre 1913 betrug die Summe aller vom Reich den Bundesstaaten und Gemeinden erhobenen Steuern rund 4 Milliarden Mark, 1928 aber die ungeheure Summe von rund 13 Milliarden. 1913 erhielt das Reich 1,6 Milliarden = 40 Proz. und die Länder 2,4 Milliarden = 60 Proz. des Gesamtaufkommens. 1928 erhielt das Reich 5,6 Milliarden = 43 Proz. und die Länder 7,4 Milliarden = 57 Proz. Das Bild ändert sich aber, wenn man bedenkt, daß das Reich 1928 1,24 Milliarden Reparationslasten zu zahlen hatte, die für den inneren Bedarf verloren sind. Sein Anteil beträgt dann nur 34 Proz. Ein ähnliches Ergebnis ergibt der von dem Staatssekretär Popitz durchgeführte Vergleich zwischen den Nettoausgaben 1913 und 1928. Danach betrug der Anteil des Reiches 1913: 47 Proz., 1928: 44 Proz. (einschl. Reparationen) der Anteil der Länder 1913: 53 Proz., 1928: 56 Proz. Das Reich hat also die Länder nicht zurückgedrängt.

Die Gesamteinnahmen der Länder aus den Ueberweisungssteuern (ohne Biersteuer) gestalteten sich bisher folgendermaßen (in Millionen Mk.):

1924	1925	1926	1927	1928
2767	2550	2598	2948	3318

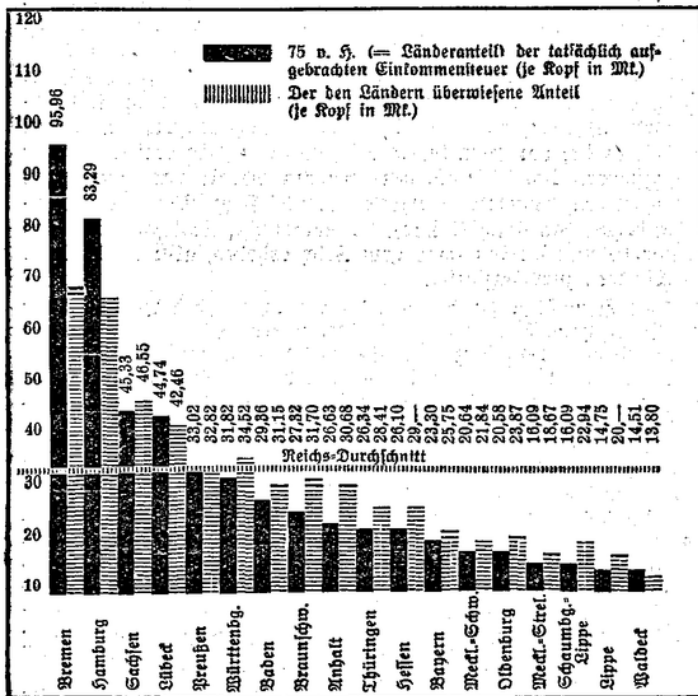
Nach dem Haushaltsplan für 1929 werden die Länder aus den Ueberweisungssteuern folgende Summen erhalten:

	Insgesamt		In einzelnen							
			Aus der Einkommensteuer		Aus der Körperschaftsteuer		Aus der Umsatzsteuer			
	in Mill. M.	Proz.	in Mill. M.	Proz.	in Mill. M.	Proz.	in Mill. M.	Proz.	in Mill. M.	Proz.
Haushaltsansatz	5568,0	—	2930,0	—	600,0	—	1120,0	—	—	—
hiervon vorweg ab f.d.Reich	120,0	—	65,0	—	12,0	—	43,0	—	—	—
bleiben	5448,0	—	2865,0	—	588,0	—	1077,0	—	—	—
Davon Anteil des Reichs	2176,0	39,91	716,3	25,00	147,0	25,00	753,9	70,00	—	—
Davon Anteil der Länder	3272,0	60,09	2148,8	75,00	441,0	75,00	323,1	30,00	—	—
Es entfallen auf:										
1. Preußen	1911,0	58,41	1296,7	60,35	273,7	62,07	197,4	61,10		
2. Bayern	368,7	11,26	185,4	8,63	41,5	9,41	35,4	10,97		
3. Sachsen	319,5	9,76	239,4	11,14	36,4	8,25	28,6	8,86		
4. Württemberg	140,1	4,28	87,0	4,05	15,7	3,57	13,4	4,15		
5. Baden	117,3	3,58	71,9	3,35	14,7	3,34	11,9	3,70		
6. Thüringen	70,0	2,14	43,8	2,04	9,7	2,21	8,1	2,50		
7. Hessen	62,8	1,92	41,3	1,93	8,7	1,98	6,6	2,05		
8. Mecklenburg-Schwerin	30,8	0,94	15,2	0,71	1,4	0,32	3,2	1,00		
9. Oldenburg	23,8	0,73	12,2	0,57	2,4	0,55	2,5	0,78		
10. Braunschweig	24,3	0,74	15,3	0,71	3,8	0,86	2,6	0,80		
11. Anhalt	17,7	0,54	10,1	0,47	4,6	1,06	1,8	0,57		
12. Lippe	6,6	0,20	3,3	0,15	0,4	0,09	0,8	0,24		
13. Mecklenburg-Strelitz	4,5	0,14	1,9	0,09	0,2	0,06	0,5	0,16		
14. Waldeck	2,1	0,07	0,9	0,04	0,2	0,04	0,2	0,08		
15. Schaumburg-Lippe	2,0	0,06	1,0	0,05	0,1	0,04	0,2	0,07		
16. Hamburg	120,8	3,70	88,8	4,13	17,6	3,99	6,6	2,06		
17. Bremen	42,1	1,29	28,6	1,33	8,6	1,96	2,2	0,69		
18. Lübeck	7,9	0,24	5,6	0,26	0,9	0,20	0,7	0,22		
Zusammen	3272,0	100,00	2148,8	100,00	441,0	100,00	323,1	100,00		

Diese Ziffern sagen jedoch noch nichts über die Schwierigkeiten des Finanzausgleichs, die in ihrem vollen Umfang erst klar werden, wenn man die ungleichartigen Verhältnisse der deutschen Länder hinsichtlich ihrer Einwohnerdichte, der beruflichen Gliederung der Bevölkerung, ihres wirtschaftlichen Charakters und der damit zusammenhängenden Steuerkraft berücksichtigt.

Die Größenunterschiede sind bekannt genug. Die Einwohnerdichte beträgt im Reichsdurchschnitt pro Quadratkilometer 133,1, in Preußen 130,7, in Mecklenburg-Strelitz nur 37,6, in Sachsen 333 und in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen weit über 1000 (in Hamburg 2775). Ebenso groß sind die wirtschaftlichen Unterschiede. Rein industriellen Staaten wie Sachsen stehen rein landwirtschaftliche Staaten wie Mecklenburg und zum großen Teil Bayern gegenüber. In dem einen ist die Landwirtschaft kräftiger und gesunder als in dem anderen. Daneben steht Preußen, in dem alle Gegensätze sich ausgleichen.

In der folgenden Abbildung sind die Unterschiede hinsichtlich des Einkommens und der Ueberweisung bei der sogenannten veranlagten Einkommensteuer, d. h. der Lohnsteuer und dem Abzug vom Kapitalertrag verdeutlicht:



Diese Darstellung läßt erkennen, daß einzelne Länder sehr hohe Steuerquoten je Kopf der Bevölkerung aufzubringen vermögen, während andere, so vor allem Preußen, gerade das „goldene Mittelmaß“ des Reichsdurchschnitts trifft, und daß eine dritte Gruppe weit unter dem Durchschnitt bleibt. Ähnlich wie bei der Einkommensteuer ist das Verhältnis bei allen anderen.

Würde man den Ländern genau so viel Ueberweisungssteuern zuteilen, wie auf ihrem Gebiet aufgebracht worden sind, so könnten die steuerschwächsten nicht weiter existieren. Waldeck hat bereits kapituliert und sich am 1. April Preußen angeschlossen. Andere der am unteren Ende der Liste Marchierenden würden bald folgen, wenn nicht die geltende Regelung des Finanzausgleichs gewisse Schutz- und Hilfsmaßnahmen vorläße, nämlich alles das, was man schlechthin als „Lastenausgleich“ bezeichnet. Dieser Lastenausgleich bezweckt eine Ausgleichung zwischen den Ländern hinsichtlich ihrer verschiedenen finanziellen Leistungsfähigkeit oder ihrer verschiedenen finanziellen Belastung. Ausdruck dieses Lastenausgleichs ist vor allem der berühmte § 35 des Finanzausgleichsgesetzes. Er bestimmt, daß Ländern mit geringem Einkommen- und Körperschaftsteuern sogenannte Ergänzungszuschüsse überwiesen werden. Wenn das Einkommen in einem Lande um mehr als 20 Proz. hinter dem Durchschnittseinkommen für den Kopf der Bevölkerung im ganzen Reich zurückbleibt, so erhält dieses Land den über die 20 Proz. hinausgehenden Fehlbetrag vom Reich ersetzt, seit 1927 jedoch nur bis zur Erschöpfung des Reichsanteils der von dem Lande aufgebrauchten Steuern. Die leistungsfähigeren Länder, namentlich Preußen, haben wiederholt gegen dieses Verfahren protestiert, weil sie in den Ergänzungszuschüssen nur ein künstliches Mittel zur Aufrechterhaltung lebensfähiger Länder und damit der staatlichen Zersplitterung sehen. Die steigende Höhe der Ergänzungsanteile im Laufe der letzten Jahre ist aus folgender Tabelle zu ersehen:

	für 1924	für 1925	für 1926	für 1927	veranschlagt für 1928
	in Tausend M.				
Bayern	—	—	6 227	7 654	18 100
Thüringen	—	—	—	—	350
Mecklenbg.-Schwerin	4 825	3 754	4 578	5 154	5 644
Oldenburg	—	—	2 049	2 541	3 145
Anhalt	164	401	—	—	—
Lippe	1 395	1 137	1 233	1 201	1 249
Mecklenbg.-Strelitz	658	524	909	778	737
Waldeck	393	305	695	297	370
Schaumburg-Lippe	223	168	271	336	405
Zusammen	7 658	6 289	15 962	17 961	30 000

Eine genauere Untersuchung zeigt, daß der Grund dieser schwachen Steuerkraft einzelner Länder hauptsächlich in der geringen Steuerleistung der in ihrer Wirtschaft überwiegenden Landwirtschaft liegt. Bei dem starken Druck, der heute sich gegen den § 35 bemerkbar macht, dürfte seine Aufhebung nur eine Frage der Zeit sein. So richtig es ist, daß innerhalb eines so verschieden gestalteten Landes wie Deutschland starke und leistungsfähige Teile den weniger Begüterten von ihrem Ueberfluß abgeben, so widersinnig ist es, von Grund auf lebensfähige Länder auf Kosten der anderen künstlich am Leben halten zu wollen. Ebensovienig sind die Sonderzuweisungen aus der Biersteuer an Bayern, Württemberg und Baden zu rechtfertigen, die eine einseitige Begünstigung darstellen. Der Begünstigung der schwachen Länder dient auch die seit 1927 geschaffene Regelung, wonach von den in Höhe von 2,6 Milliarden garantierten Ueberweisungen an Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer 150 Millionen nach dem örtlichen Einkommen, 300 Millionen aber nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl verteilt werden sollen. Neben diesen Schwierigkeiten des Lastenausgleichs stehen der so oft und so dringlich geforderten endgültigen Regelung des Finanzausgleichs noch die ungeklärten finanziellen Verhältnisse des Reichs nach außen entgegen. Solange die Reparationsfrage nicht geklärt ist, kann eine endgültige Lösung des Finanzausgleichs nicht in Angriff genommen werden. Ferner müssen auch die Widerstände der Länder langsam dadurch überwunden werden, daß ihnen die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände am eigenen Leibe klargemacht wird. Das gesamte Problem des Finanzausgleichs mündet ein in die Fragen der Neugestaltung des Reichsaufbaues, und dieser wieder ist nicht nur eine Frage der staatsrechtlichen Gestaltung, sondern ebensosehr von wirtschaftlichen und staatswirtschaftlichen Momenten abhängig. Nur wenn alle diese Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt sind, wird sich eine gründliche Reform des verfahrenen deutschen Finanzsystems und damit auch des Finanzausgleichs anbahnen lassen. An einem solchen Neuaufbau sind vor allem die Gemeinden interessiert, die die Grundlage des Einheitsstaates mit stark ausgebildeter Selbstverwaltung bilden werden. Die Stellung der Gemeinden werden wir daher in einem weiteren Aufsatz darzustellen haben.

R. Rothenburg.

Lohnabkommen für die preußischen Staatsarbeiter unterzeichnet

Bereits in Nummer 21 der „Gewerkschaft“ waren wir in der Lage, unseren Kollegen das Ergebnis der Lohnbewegung für die preußischen Staatsarbeiter bekanntzugeben; offen war nur noch die Dauer der Laufzeit dieses Abkommens. Es ist bei der erneuten Verhandlung vereinbart worden, die Geltungsdauer bis zum 31. Dezember 1930 abzuschließen. Um es vorweg zu sagen, wir waren mit dieser Verlängerung nicht einverstanden; das Preussische Staatsministerium hatte aber bereits beschlossen, das Abkommen bis zum 31. März 1931 laufen zu lassen! Wenn es uns trotzdem dann noch gelungen ist, die Laufzeit dieses Abkommens um ein Vierteljahr zu verkürzen, so können unsere Kollegen auch daraus ersehen, daß diese zum Abschluß gebrachte Lohnbewegung bis zum letzten Tag ein gegenseitiges Ringen von ganz außergewöhnlicher Art gewesen ist. Und damit kommen wir auch sofort auf die Kardinalfrage dieser Lohnbewegung überhaupt, die jedoch nur im Zusammenhang mit der Gesamtlohnbewegung aller Reichs- und Staatsarbeiter einschließlicly der Post- und Eisenbahnarbeiter betrachtet werden kann.

Mit Wirkung vom 31. Januar waren die Lohnabkommen für die Reichs- und Staatsarbeiter gekündigt; für die Postarbeiter sogar schon mit Wirkung vom 31. Dezember; die Eisenbahner kündigten ihr Lohnabkommen zum 31. März, die Wasserbauarbeiter mit Wirkung zum 30. April 1929. Die Lohnabkommen für unsere übrigen einzelstaatlichen Arbeiter waren ebenfalls im Laufe der letzten Monate gekündigt worden. Was an Arbeit und Mühe, an Verhandlungen und Besprechungen in diesen letzten Monaten alles aufgewendet und veranlaßt wurde, hier im einzelnen niederzulegen und zu schildern, ist ganz unmöglich. Wir müssen uns mit der Feststellung begnügen, daß noch nie seitdem wir Reichs- und Staatsarbeiter organisiert haben, eine Lohnbewegung unter so erschwerenden Umständen geführt worden ist wie dieses Mal. Von Seiten der Reichsregierung wurde der Standpunkt vertreten, daß vor Abschluß der Pariser Reparationsverhandlungen an eine Lohnregelung der Reichsarbeiter überhaupt nicht gedacht werden kann. Die Preussische Staatsregierung stellte sich zunächst auf den Standpunkt, mit Rücksicht auf die politischen Schwierigkeiten im Reich ebenfalls nicht anders verfahren zu können. Eine ähnliche Haltung nahm die Deutsche Reichspost ein, die zwar immer wieder betonen ließ, daß die Mittel für eine Lohnbewegung vorhanden sind, daß sie jedoch aus staatspolitischen Gründen mit der Reichsregierung einig gehen müsse. Die übrigen Einzelstaaten stellten sich ebenfalls auf den Standpunkt Preußens und erklärten, bereit zu sein, eine Lohnerhöhung dann zu gewähren, wenn auch das Reich seinen Arbeitern eine solche zukommen ließe. Im Mittelpunkt der Ereignisse aber, wie immer, die Reichsbahngesellschaft, getreu ihres seit Jahren vertretenen Grundsatzes, den Arbeitern eine Lohnerhöhung überhaupt nicht gewähren zu können! Daneben kämpfte eine zum Teil mit wenig sozialem Verständnis ausgestattete Ministerialbürokratie als Bundesgenosse der Reichsbahngesellschaft ebenfalls um die möglichste Niedrighaltung der Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter. Gegenseitige Ministerialbesprechungen, ja selbst gegenseitige Kabinettsitzungen zwischen der Reichs- und Preussischen Staatsregierung fanden statt. Aber auch sie vermochten den Knoten, der anscheinend von Tag zu Tag fester wurde, nicht zu lösen. Fast schien es, als ob es dieses Mal ohne ernstlichen Kampf überhaupt nicht abgehen würde, zum mindesten aber die ganze Lohnangelegenheit durch das Schlichtungsverfahren erledigt werden müsse. Unsere Tariffkommission hatte bereits dahingehende Beschlüsse gefaßt, und zwar sollte zunächst gegen Preußen das Verfahren durchgeführt werden. Alle Vorbereitungen waren getroffen, da — wir sprechen es hier an dieser Stelle ganz offen aus — war es der Preussische Ministerpräsident Brauns, der den Mut hatte, entscheidend einzugreifen und diesem beinahe bis ins groteske gehenden Trauerspiel ein entscheidendes und wenigstens einigermaßen befriedigendes Ende zu bereiten. Durch Brauns Initiative ist es möglich gewesen, mit dem Preussischen Finanzministerium erneut zu Verhandlungen und zu dem eingangs bezeichneten Lohnabschluß zu gelangen. Dieser Abschluß befriedigt uns nicht restlos; wenn man aber berücksichtigt, unter welchen erschwerten Umständen er zustande gekommen ist und all die Widerstände kennt, die hier zu überwinden waren, dann dürfen wir mit Genugtuung feststellen, daß uns doch noch ein Erfolg beschieden war, den ernstlich niemand vorauszusagen gewagt hätte. Drei Dinge sind aber bei diesem Abschluß ganz besonders erfreulich: 1. Die Tatsache, daß durch die Initiative des Preussischen Ministerpräsidenten der Weg für den erfolgreichen Abschluß der Lohn-

bewegungen für sämtliche Reichs-, Staats-, Post- und Eisenbahnarbeiter freigemacht worden ist; 2. Daß das Lohngebiet I fast restlos verschwunden ist und damit unserer Kollegenschaft in diesem Lohngebiet nicht nur eine Lohnerhöhung von 6 und 7 Pf. — teilweise sogar darüber hinaus — gebracht hat, sondern auch ein seit Jahren bestandenes Unrecht beseitigt worden ist. Die 3. erfreuliche Erscheinung am Ausgang dieser Lohnbewegung ist, daß darüber ein Ministerialrat gestolpert ist, der am 9. Februar bei Beginn der Verhandlungen es noch fertig brachte, die Tatsache, daß an einem Orte die Gemeindearbeiter wesentlich höhere Löhne als die Staatsarbeiter haben, als einen „Skandal“ zu bezeichnen. Aber nicht allein der Umstand, daß dieser Ministerialrat bei der Gelegenheit entgleist ist, ist das entscheidende in dieser Frage, sondern die Tatsache, daß bei dieser Lohnbewegung, wie bei keiner anderen zuvor, einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden konnte, wie notwendig es ist, daß in den Ministerien zur Bearbeitung von sozialen und Arbeiterfragen Beamte herangezogen werden, die zum mindesten auch den guten Willen haben, sich einigermaßen in das Gefühls- und Seelenleben und in die materielle Notlage der Arbeiterklasse hineinzudenken. Beamte, die wie dieser Ministerialrat Becker des Preussischen Finanzministeriums als wandelndes Einmaleins mit dem Rechenschieber in der Hand uns den Nachweis führen wollten, daß die preussischen Staatsarbeiter im vorigen Jahre infolge der Einführung der Zusatzversorgungsanstalt eine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde erhalten hätten, weil sie wöchentlich bis zu 1 Mk. Beitrag abführen müssen, sind die allerungeeignetsten Vertreter für Arbeiterfragen.

Offen bleibt jetzt nur noch für den Augenblick die Frage: was wird aus der Lohnbewegung für die Reichsarbeiter? Da sprechen wir es ganz offen aus, uns scheint es die allerhöchste Zeit zu sein, daß sich auch hier im Reichskabinett recht bald jemand findet, der dafür sorgt, daß auch den Reichsarbeitern zum mindesten daselbe gewährt wird, was Preußen seinen Staatsarbeitern hat zukommen lassen. Eine Finanzfrage kann das für das Reich nicht mehr sein, denn die Auswirkung dieser Lohnerhöhung ist, in ihrer Gesamtheit gesehen, vom finanziellen Gesichtspunkt aus auch für die Reichsregierung so minimal, daß daran die Sache nicht scheitern kann. Rücksicht auf die Reparationsverhandlungen ist heute ebenfalls nicht mehr zu nehmen. Bei der Eisenbahn wird unterdessen das Schlichtungsverfahren durchgeführt sein. Es ist schon schlimm genug, daß die Reichsregierung nicht vor diesem Schlichtungsverfahren sich entschlossen hat, hier ein entscheidendes Machtwort zu sprechen. Jedenfalls sind wir bereit und entschlossen, auch die Lohnverhandlungen beim Reich jetzt auf dem schnellsten Wege zum Abschluß zu bringen.

Aber auch unsere Kollegenschaft sollte endlich aus dieser Lohnbewegung die nötige Nutzenwendung ziehen. Wir haben es durchaus verstanden und keinem Menschen übel genommen, wenn er in den letzten Monaten infolge des langen Hinausziehens der Verhandlungen etwas ungeduldig wurde. Bedenklicher ist schon, daß es hin und wieder durch die christlichen Agitationsmethoden möglich war, unsere Kollegenschaft zu verwirren und das Vertrauen zur Organisation zu schwächen. Wir können demgegenüber ohne Übertreibung behaupten, daß seitens unserer Organisation alles getan worden ist, was nur irgend möglich war, um zu einem erfolgreichen Abschluß zu gelangen. Das einzige, was als unerfreuliche Begleiterscheinung auf Seiten der Arbeitnehmerschaft in dieser Bewegung festzustellen war, ist die Tatsache, daß wir heute leider noch keine einheitlich zusammengefaßte Reichs- und Staatsarbeiterbewegung haben.

Wir haben eingangs schon gezeigt, wie rein technisch zu verschiedenen Zeitpunkten die Lohnabkommen gekündigt worden sind und wie es leider auch durch die ganzen Lohnverhandlungen nicht möglich war, eine einheitliche Linie zu wahren. Das bedeutet der arbeitgebenden Verwaltung gegenüber eine Zersplitterung der Kräfte. Und wenn auch die Aussicht auf eine baldige Zusammenfassung aller in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter noch nicht der Derwirklichung nahegebracht werden konnte, so dürfte doch schon die bevorstehende Verschmelzung mit dem Verkehrsband unsere Machtposition in den Reichs- und Staatsbetrieben wesentlich stärken. Wenn darüber hinaus dann unsere Kollegen in den einzelnen Lokalitäten ebenso restlos ihre Pflicht und Schuldigkeit in der Kleinalitation erfüllen, in der Werbung der Mitglieder von Mund zu Mund, dann wird es uns in Zukunft möglich sein, unsere Lohnbewegungen rascher und, was wir zuversichtlich hoffen, auch noch erfolgreicher zu beenden. D. St.

Unternehmertum und Wirtschaft

Zu den die geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung kennzeichnenden Erscheinungen gehört, daß jede Wirtschaftperiode einzelne Klassen in den Vordergrund treten läßt, die zu einer die Wirtschaft wie die Gesellschaft beherrschenden Stellung gelangen und ihr ein besonderes Gepräge verleihen. In der kapitalistischen Wirtschaft ist es das großindustrielle Unternehmertum, das diese Stellung eroberte und neben den Vertretern des Finanzkapitals noch behauptet. Schon machen sich über starke Anzeichen einer Erschütterung dieser Herrschaft durch die aufstrebende Arbeiterklasse bemerkbar, die, gestützt auf die zunehmende Macht ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation, zielbewußt auf die Beseitigung der bestehenden Besitzrechte und damit der kapitalistischen Klassenherrschaft hinstrebt.

Daß diese Bestrebungen nicht erfolglos sind, ist unverkennbar. Der früher nahezu unbeschränkte Absolutismus der Unternehmer ist gebrochen. Sie wurden gezwungen, die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter anzuerkennen. Die Arbeiter sind nicht mehr rechtlose Objekte der Unternehmerwillkür, die sich willenlos ihrem Diktat fügen müssen. Durch ihre politische und gewerkschaftliche Organisation üben sie einen starken Einfluß aus und sind so zu einem nicht nur gesetzlich anerkannten, sondern auch mitbestimmenden Wirtschaftsfaktor geworden. In Hinblick auf die sich unausgesetzt vollziehende Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft ist nicht anzunehmen, daß hierin ein Stillstand oder gar Rückschritt eintritt. Dem wirkt schon, abgesehen von den technischen Fortschritten die zunehmende Einsicht der Arbeiter in die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge entgegen, die ihnen die Erreichbarkeit ihres Ziels in greifbare Nähe rückt, wenn sie ihren Willen auf seine Verwirklichung konzentrieren.

Noch freilich nehmen die Unternehmer in der bestehenden kapitalistischen Wirtschaft eine äußerst starke Stellung ein und üben einen Einfluß aus, der den der Arbeiter wesentlich übertrifft. Das äußert sich auch in der Ueberhebung des Unternehmertums, die darin ihren Ausdruck findet, daß es für sich die wirtschaftliche Führung in Anspruch nimmt und anmaßend Staat und Wirtschaft seinen Interessen dienstbar zu machen sucht. Zum erheblichen Teil mit Erfolg. Das Unternehmertum hat es verstanden, sich eine, alle Wirtschaftsbereiche nahezu restlos umfassende Organisation zu schaffen, die als Grundlage seiner politischen und wirtschaftlichen Macht und der durch sie erzielten Erfolge zu betrachten ist. Alle gewerkschaftlichen Anstrengungen der Arbeiter haben noch nicht vermocht, den Unternehmern eine gleich starke, geschlossene und lückenlose Organisation entgegenzustellen. Freilich liegen die Verhältnisse in dieser Hinsicht für die Arbeiter wesentlich ungünstiger.

Das Unternehmertum hat aus der Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gelernt und weiß, daß es seine die Wirtschaft beherrschende Position nur aufrechterhalten kann, wenn es die überwiegende Mehrheit der für die Wirtschaftsgestaltung maßgebenden Unternehmungen in seinen Organisationen vereint. Nur so ist es imstande, den wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter wirksam entgegenzutreten und die Verbrauchermassen in Abhängigkeit von dem durch die Unternehmertumskarteile ausgeübten Preisdiktat zu halten. Sind auch die hierauf gerichteten Bestrebungen der Unternehmer ganz offensichtlich wirtschaftsfeindlich und sozial schädlich, so werden sie doch nur von der organisierten Arbeiterschaft und einem verhältnismäßig kleinen Teil der verbrauchenden Bevölkerung mit dem gebotenen Nachdruck bekämpft. Das macht es verständlich, warum sich die Unternehmer noch immer trotz aller gegenteiligen auf Täuschung der ausgebeuteten Massen berechneten Versicherungen nicht als Diener, sondern als Herren und Führer der Wirtschaft fühlen und der staatlichen Gemeinschaft mit jener Anmaßung entgegentreten, wie wir sie häufig zu beobachten haben.

Eine Probe hiervon liefern die bei einer kürzlich stattgefundenen Tagung der Vereinigung württembergischer Arbeitgeberverbände gemachten Ausführungen. Diese Vereinigung ist eine Untergruppe der bekannten Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und verfolgt die gleichen wirtschafts- und sozialpolitischen reaktionären Tendenzen. Gerade deshalb beanspruchen diese Ausführungen Beachtung. Sie gehen dahin, daß die von den Gewerkschaften angestrebte Demokratisierung der Wirtschaft abzulehnen sei, desgleichen die Uebernahme der lebenswichtigen Betriebe durch die öffentliche Hand, weil die Ueberlässe privatwirtschaftlicher Betriebe der Wirtschaft wieder zugute kämen, umgekehrt aber

Verluste öffentlicher Betriebe aus Steuern gedeckt werden müßten. Der kapitalistische Individualismus sei nicht zu entbehren und der Unternehmer nicht durch den angestellten Funktionär zu ersetzen, da sich sein Sinn nicht auf die Erhaltung des Einzelbesitzes, sondern auf die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und damit auf die Wohlfahrt des gesamten Volkes richte.

Auf dem Gebiet der Lohnpolitik wurde eine möglichst einheitliche Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen als erstrebenswert bezeichnet. In der Frage des Schlichtungswesens erklärte man sich mit den Vorschlägen der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hierzu einverstanden. Der Ausbau des Arbeitsschutzes, sowie die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens wurde abgelehnt und allen Bestrebungen der Gewerkschaften auf Ausbau der Sozialversicherung als auch einer Erweiterung ihres Einflusses innerhalb der verschiedenen Versicherungszweige der schärfste Widerstand angekündigt. Die gleiche ablehnende Stellung wurde gegenüber der Arbeitslosenversicherung sowie dem Gesetz über die Beschäftigung der Schwerverletzten, besonders gegen dessen Durchführung eingenommen.

Auf Neuheit können diese Ausführungen keinen Anspruch erheben, da sie in den Veröffentlichungen der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände häufig genug bekanntgegeben wurden. Ihre Bedeutung liegt lediglich darin, daß sie die Einigung der Unternehmer in dem Widerstand gegen die wirtschafts- und sozialpolitisch selbstverständlichen Forderungen der Gewerkschaften nachweisen. Das genügt jedoch, um zu zeigen, daß die Arbeiter auf gutlichem Wege und freiwillig von den Unternehmern kein Entgegenkommen zu erwarten haben. Es liegt das auch in der Natur der Dinge! Die Unternehmer können, privatwirtschaftlich eingestellt, wie sie sind, aus ihrer Haut nicht heraus. Solange das kapitalistische Wirtschaftssystem aufrechterhalten bleibt, müssen sie sich gegen alle Bestrebungen wehren, die dieses System sowie ihre Stellung innerhalb desselben zu erschüttern oder zu untergraben geeignet sind. Hieraus ergibt sich ihre Gegnerschaft gegen die Arbeiter, deren gewerkschaftliche Vertretung und die von dieser Seite kommenden auf eine soziale Besserstellung der arbeitenden Volksschichten hinstrebenden Forderungen.

Diese Stellung ist zweifellos falsch und kurzfristig. Auch im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung könnten die Unternehmer den Forderungen der Arbeiter entgegenkommen. Kein Unternehmer will aber den Anfang damit machen, weil er eine Schmälerung seines Gewinns fürchtet, den er unter allen Umständen zu verhüten sucht. Von diesem Standpunkt weicht er auch innerhalb seiner Organisation nicht ab, obwohl er, wenn diese sich zu einer Vertändigung mit den Gewerkschaften bereit fände, nichts oder nur wenig zu fürchten hätte. Die Folge ist, daß alle wirtschaftlichen und sozialen Zugeständnisse den Unternehmern nur durch den Druck der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter abgerungen werden können und jeder Fortschritt in dieser Richtung von vorausgehenden wirtschaftlichen Kämpfen abhängig ist. Genau so liegen die Verhältnisse in der Richtung einer Ueberführung der kapitalistischen Wirtschaft in die gemeinwirtschaftliche Wirtschaftsform, die als unausbleiblich angesehen werden muß, weil die aus der ersteren bestehenden Mißstände auf die Dauer nicht zu ertragen sind. Trotzdem stemmen sich die Unternehmer dagegen, indem sie sich mit der Wirtschaft identifizieren und glauben machen wollen, daß sie unentbehrlich sind. So erweist sich das kapitalistische Unternehmertum nach allen Seiten als ein Hindernis für eine fortschrittliche und soziale Entwicklung, das nur beseitigt werden kann, wenn es gelingt, seine heutige wirtschaftliche Macht zu brechen.

Mattulat.

Echter internationaler Geist stammt aus der gleichen Quelle wie die soziale und religiöse Toleranz. Nur wenn der Mensch im anderen Menschen, welcher Nation, Klasse oder Religion auch immer, das Ewige und Göttliche anerkennt, das er in sich selbst erlebt und für das er den Respekt der Mitmenschen fordert, dann ist die seelische Voraussetzung geschaffen, auf der der Tempel einer neuen Menschheit sich erheben kann. Aus der Zusammenarbeit der Völker kann eine internationale Organisation entstehen, ein internationaler Geist aber nur aus einer neuen Gesinnung zwischen Mensch und Mensch. Man muß den Mut aufbringen zu einer seelischen Haltung, die jedem andern das zubilligt, was man für sich selber fordert. . .

Preuß. Kultusminister Becker,

Ferien

Soll ich verreisen oder zu Hause bleiben?

Lieber Leser! Dank unserem Reichsmanteltarifvertrag, auf dessen Unzulänglichkeiten Du ja manchmal kräftig geschimpft, hast Du Anrecht auf 2—4 Wochen Ferien. Aber es gibt auch Kolleginnen und Kollegen, die nur ein Anrecht auf die jämmerliche Anfangsquote von vier Ferientagen haben; ja, es gibt sogar Kollegen, die nicht einmal dieses Anrecht besitzen. Für die weiß ich nun freilich im Moment wenig Rat. Sie können wohl eine Wochenendausflug machen, solange die Familie nicht zu groß ist; sogar regelmäßige Wochenendausflüge in die nächste und fernere Umgebung ihres Wohnortes. Und das ist dringend anzuraten! Freilich, wer ein kleines Laubengebiet sein eigen nennt und womöglich noch eine moderne Menagerie, wie Hühner, Kaninchen, Ziegen usw., der ist gefesselt an sein „Landheim“. Aber er hat sich ja auch nicht den schlechtesten Teil erwählt; denn wenn man mit eigener Hand den meist armeligen Sandboden bearbeiten muß, so wird einem jedes Pflänzchen lieb und wert, und der blühende Busch und Baum erscheint einem fast wie das eigene Werk. Wer also dieses Naturschöpfungsgeschehen einmal hat, wird es schwer missen wollen.

Aber nun zu den andern, die wirklich mehrere Wochen freie Zeit haben und nicht durch die große Familie oder durch den Kleingarten festgehalten sind. Da würde mancher gern reisen, wenn er nur nicht in Sorge wäre, daß sein Portemonnaie zu klein ist für die Ansprüche, die eine solche Reise stellt. Immerhin mag festgesetzt werden, daß Jahr für Jahr die Zahl derer wächst, die ihre Ferien auf Reisen und Wanderungen, teils im Gebirge, teils an der See verbringen.

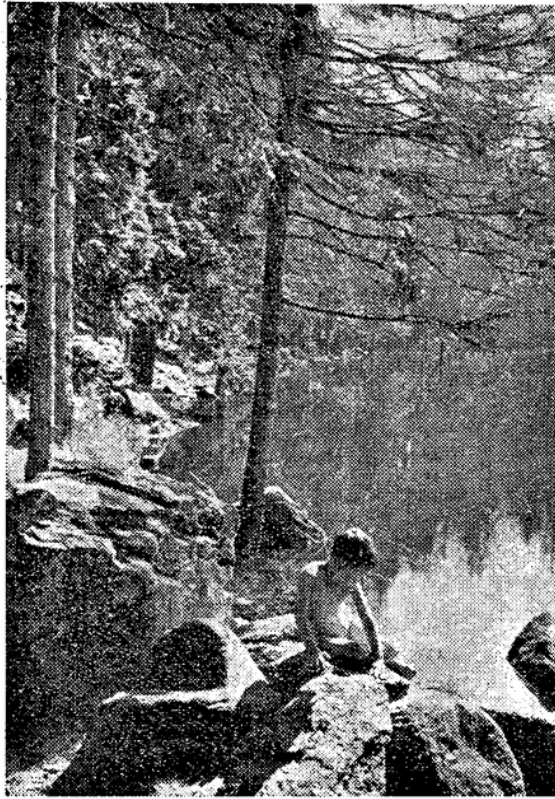
Hier stocke ich schon. Gebirge oder See? Das kann natürlich schwer entschieden werden. Einmal kommt es auf den Ort an, in dem man wohnt — wer beispielsweise von Norddeutschland ins wirkliche Gebirge will (Bayern, Tirol), muß trotz der Sonderzüge sich auf ziemlich viele Fahrten gefaßt machen, so daß er im Winterhalbjahr sehr erheblich sparen mußte. Ist das nicht geschehen, so ist eine solche Reise in die Berge kaum möglich; es sei denn, man macht Etappenfahrten mit Fahrrad oder — was ich aber nicht mit gutem Gewissen empfehlen kann — geht als „Sozius“ zu den etwas lebensgefährlichen Motorradfahrern, soweit ihm das möglich ist. Man kann aber auch in Mitteldeutschland (Thüringen, Harz, Riesengebirge usw.) recht schöne Wandertouren machen und dabei die Naturfreundehäuser als Nachtlager aufsuchen, die preiswert und billig sind. Wer nicht allzu weit von der Wasserkante wohnt, wird erfahrungsgemäß am liebsten in einem Fischerdorf an der See seine Ferien zubringen, und wenn er sich am Strande recht aktiv betätigt durch tägliche Bäder, Gymnastik und kleine Wanderungen, kommt er nervenerfrischt und braungebrannt nach Hause mit dem Gefühl: Es waren schöne Ferientage, schade, daß sie schon zu Ende sind!

Aber man muß auch hier unterscheiden zwischen Erholungs- und Erlebnisreisen. Erholungsreisen werden am besten an der See verbracht. Wir haben aber eine ganze Anzahl jüngerer Kollegen, denen die Ferien in erster Linie ein Erlebnis sein sollen. Sie wollen auch während der Ferien Strapazen gern auf sich nehmen; es kommt ihnen nicht darauf an, einmal in Jugendherbergen zu übernachten oder im Heu; sie geben sich auch mit bescheidenem Essen zufrieden und wollen möglichst viel sehen in der kurzen Ferienzeit. Da ist es nahelegend, die Erlebnisreise durch ein Programm zu fixieren. Gewiß gibt es heute in den meisten großen Städten Volksreisebureaus der Arbeiterschaft. Vor allen Dingen ist es der „Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit“, der in jedem Sommer eine Anzahl schöner und verhältnismäßig preiswerter, aber doch noch rechtlich teurer Reisen arrangiert für Arbeiter, Angestellte und Beamte. So finden z. B. in diesem

Jahre Reisen statt nach Dalmatien, sogar an die Riviera, nach Bornholm, in die Schweiz, an den Rhein, nach Brüssel—Paris, Schweden, Finnland, England (wobin auch die Berliner Filiale eine Studienreise macht), Krakau, Wien, Hamburg—Helgoland und an die Adria und nach Tunis. Aber diese Reisen kosten in der Regel 100 bis 200 Mark, sind also nur für einen kleinen Teil unserer Kollegen erschwinglich. Wir möchten sie auf jeden Fall für diejenigen empfehlen, die es ermöglichen können. Alle diese Reisen sind ausgezeichnet durch planmäßige Führung; sie haben keine gesellschaftlichen Verpflichtungen; auch in bezug auf Kleidung und sonstige Ausgaben sind sie auf ein Minimum gestellt. Ähnliche Reiseprogramme weist das Volksreisebureau von Leipzig (AB.-J.)

auf, das heute noch (wohl infolge seiner zentralen Lage) den größten Teil von Erlebnis-Ferienreisen arrangiert und fast immer zahlreiche Beteiligungen hat. Dazu kommen die von der Arbeiterschaft unter besonderer Mitwirkung der Gewerkschaften eingerichteten Volksreisebureaus in Bremen, Nürnberg, München, Stuttgart usw.

Darüber hinaus kann man aber auch eine Erlebnisreise mit ein oder zwei Freunden (es können natürlich auch Freundinnen sein) unternehmen. Gewiß ist Norddeutschland in manchen Gegenden sehr schön; z. B. Mecklenburg mit den zahlreichen Seen und dem herrlichen Müritzer-See bietet für Berlin und andere norddeutsche Bezirke ein wundervolles Wanderungsgelände. Wenn man auf dem Stechlin-See sich einen alten Schifferkahn kapert und sich weit hinaus treiben läßt, so kann das schon ein Erlebnis sein. Größere Wanderungen sind für unsere Kollegen in der Rheingegend naturgemäß gegeben durch die herrliche Lage West- und Südwestdeutschlands, wenn man so will, von Köln bis hinunter nach Basel. Die schönen Berge und Seen des Schwarzwaldes sind einzig, und auch hier findest Du billige Unterkunft in den Naturfreundehäusern, wo man sich sogar selbst beköstigen kann. Bringt Du das Geld zu einem Sonderzug auf nach



Aus dem Schwarzwald

München und eine anschließende Route in die Berge (etwa 40 bis 45 Mark), so kann man täglich wundervolle Bergtouren machen, wenn nicht der Wettergott dazwischen fährt.

Unser Ferienheim in Kochel wäre zwar ein gut geeigneter Standort, aber es ist in den Hauptreisezeiten: Juni, Juli unseres Wissens schon vollständig belegt. Die uns befreundeten Eisenbahner sollen ein schönes Heim in der Nähe von Garmisch-Partenkirchen haben, das aber auch in der Hochsaison sicher bereits voll besetzt sein dürfte. Man braucht nun aber wegen des Unterkommens im Gebirge durchaus nicht in Sorge zu sein. Die kleinen Gasthäuser und zahlreiche Privatschlösser nehmen Touristen willig und billig auf, wie auch „Fremde“ für zwei, drei oder gar vier Wochen. Wenn man sich dann ein wenig umzustellen versteht in bezug auf das Essen und nicht gar zu große Ansprüche stellt, so kann man schon mit einer verhältnismäßig geringen Summe wunderbare Bergtouren machen. Am allerbesten ist freilich in „Deutschlands Naturwunderlande“ um Berchtesgaden und den Königssee. Hier gab es früher nur ganz reiches Publikum, aber die Zeiten haben sich auch geändert; es bestehen allerhand Möglichkeiten für billige Unterkunft.

So habe ich Dir, lieber Leser, den Mund wässrig gemacht und einige Winke für Deine Ferien gegeben. Willst Du sie beherzigen? Entschließe Dich schnell; denn bald geht der Sommer vorüber und die trüben Herbsttage bringen Dir entweder eine Erinnerung an die herrliche Ferienzeit oder eine gewisse Unzufriedenheit, daß Du Deine Ferien nicht recht genützt hast. E d i.

Auch ein Ausflug

Es war ein Sonntag, wie er im Buche steht. Auf allen Wegen, die von der Stadt aus ins Freie führten, wimmelte es von Ausflüglern. Die Straßenbahnen und Züge waren schon in der ersten Frühe überfüllt. Alles drängte in die leuchtende Herrlichkeit hinaus, die vor der Tore der Großstadt mit jungem Grün und sonnendurchfluteter Morgenstille darauf wartete, die ganze Fülle ihrer Schönheit vor den Tausenden von lichterhungrigen Seelen auszusüßten, die zu ihr hinausströmten.

Auf den Chausseen, die von der Stadt aus über die Felder führten, war der Verkehr besonders stark. Wagen auf Wagen rollte an den Fußgängern vorbei, mit Maibüschchen und bunten Fähnchen und Girlanden geschmückt, als wolle alles Hochzeit mit der Maienkönigin halten, die da draußen in den knospenden Wäldern auf ihren Freier zu warten schien.

Der Schreiber an der städtischen Registraturkanzlei, Berthold, ging mit seiner Familie bescheiden zu Fuß. Aber auch auf seinem trockenen Gesicht mit dem gelblich fahlen Teint lag ein Widerschein des herrlichen Tages, der wie ein junger Gott strahlend und voller Frische über die jungfräuliche Erde heraufgestiegen war. Er war mehrere Male daran, ein Lied anzustimmen, aber jedesmal, wenn er eben ansetzen wollte, traf ihn ein vorwurfsvoll warnendes: „Aber Otto —“. Dann erstarb ihm das Lied auf den Lippen, und er begnügte sich mit einem Summen.

Seine Frau war eine Dierzigerin, mager und edlig und vor der Zeit gealtert wie ihr Mann. Die ganze Freudlosigkeit eines unter den Sorgen des Alltags verbrachten Lebens sprach aus ihren Zügen, und die fahlige Bluse, die sie nun im wer weiß wievielften Jahre trug, war so abgetragen, verblichen, wie die Farbe ihrer Wangen. Sie sah mit müden, von heimlichem Leid erfüllten Augen auf die besseren Kleider der Spaziergängerinnen, die an ihr vorüber ins Freie eilten. Ueberhaupt wäre sie am liebsten zu Hause geblieben, wie sie es seit Jahren nicht anders gewohnt gewesen war. Aber Otto hatte durchaus nicht nachgeben wollen. „Schadet nicht“, hatte er gesagt, „wir wollen uns auch einmal unsers Lebens freuen. Die Bluse ist immer noch anständig, Mathilde, und wenn wir Karlchens Schuhe noch einmal zum Schuhmacher schicken, wird es auch damit noch einmal wieder gehen.“

Die Kinder, ja die Kinder! wenn die nicht gewesen wären! Aber bei Ottos Einkommen, das sich seit einer Reihe von Jahren nicht um einen Deut gebessert hatte, waren die Kinder eine Last, die mit jedem Jahre drückender wurde. Alle vier besuchten jetzt die Schule. Die beiden Knaben waren noch am leichtesten zu bekleiden. Aber Alma und Thea waren große Mädchen und wußten schon ganz gut, was ihnen stand und was sie als Töchter eines städtischen Registraturbeamten glauben zu müssen. Und nun war Otto noch mit dem Plane gekommen, dieses Jahr einen Ausflug machen zu wollen! In den Kopf gesetzt hatte er es sich, und auch die Kinder waren ganz wild geworden bei dem Gedanken. Darum hatten die Mädchen noch notwendig neue Strohhüte haben müssen und die Jungen ein Paar neue Hosen, weil die Sonntagshosen vor ein paar Wochen unbedingt hatten herabgesetzt werden müssen. Die vernünftigsten Vorstellungen hatten nichts gefruchtet, — und so hatte das Unglück seinen Lauf genommen.

Mit einem Packer fertig gestrichener Butterbrote, den jedes der Kinder durchaus hatte tragen wollen, wanderte die Familie nun ins Grüne hinaus, Mathilde das Herz voller Sorge und mit grämlicher Miene, Otto wie ein Jüngling seinen Spazierstock schwingend und leise durch die Zähne summend, seinen abgetragenen Heberzieher vornehm über dem Arm. O, er hatte Mathildes Einwände durchaus gewürdigt, die Schwere ihrer Argumente durchaus nicht bestritten. Aber schließlich wollte man doch einmal Mensch sein, einmal frei sein von dem Staube der Arbeit und des ewigen grauen Einerlei.

„Denkst du noch immer an den Betrag für die Hüte der Mädchen?“ fragte der Schreiber leise seine Frau. „Du kommst auf diese Weise wirklich zu keiner Freude, Mathilde!“

„Wirklich nicht?“ fragte diese, „wie klug du bist! Als wenn ich überhaupt dazu kommen könnte! Ja, wenn die Kinder nicht wären und diese ewige Sorge um das tägliche Brot und — —“

„Ich bitte dich, Mathilde!“ unterbrach Otto sie mit einem stehenden Blick. „Nur heute nicht!“

Mathilde war keine zänkische Natur, aber die unausgesetzte Sorge in den fünfzehn langen, grauen Jahren ihrer Ehe, deren quälendes Einerlei sich wie Staub und Spinnweben auf sie legte, hatte ihr Herz eng gemacht und ihr fröhliches Mädchenlachen, das sie einst als kostbarste Mitgift mit in die Ehe gebracht hatte, erstickt und ihr Gesicht wie einen welken Apfel schrumpfen lassen.

Nach einer Stunde schritt man zum Frühstück. Die ganze Familie lagerte sich im Kreise auf einer Waldwiese, und Mathilde öffnete das verheißungsvolle Paket.

„Wirklich!“ rief der Schreiber, der seinen krummen, von der ewigen Schreibarbeit gebückten Rücken ins Gras gestreckt hatte und in den lachenden blauen Himmel hinaussah, der mit weißen Wolken, wie mit weißen, flatternden Fähnchen festlich geflaggt hatte, „wirklich! so wohl ist mir lange nicht gewesen!“

Die Kinder waren sämtlich derselben Ansicht und erwarteten mit wahrem Heißhunger die Verteilung des Frühstücks. Sorgfältig wurden die Vorräte geteilt. Aber alle Sorgfalt hat ein Ende, wenn es sich um den Hunger von vier, stets halb satt den Kindern handelt, die noch dazu durch einen Morgen-spaziergang besonders empfänglich für eine Mahlzeit gemacht wurden. Nach kaum zehn Minuten war der sämtliche Proviant verzehrt, trotzdem Mathilde darauf gerechnet hatte, auch den Mittag davon bestreiten zu können.

„Was fangen wir nun zu Mittag an?“ fragte sie stirnrunzelnd.

„Ach, kommt Zeit, kommt Rat!“ tröstete Otto sie, der heute kein Stirnrunzeln sehen wollte.

Mathilde entgegnete nichts. Sie spannte ihren verschlissenen Grünseidenen, der noch aus ihren Mädchenjahren stammte, gegen die Sonne auf, und man zog weiter.

Ach, es war herrlich in dem frischen, frühlinggrünen Walde. Die Drosseln piffen, und Otto behauptete, sogar eine Nachtigall zu hören. Es war allerdings nur eine Goldammer, aber alle nahmen ihren Gesang für den einer Nachtigall und lauschten andächtig und ergrißen. Sogar Mathilde wurde begeistert.

„Der Gesang der Nachtigall ist doch etwas Wunderbares!“ flüsterte der Schreiber lächelnd und ganz erfüllt von dem Glück des sonnigen Tages.

Alles wäre wunderhübsch gewesen, wenn der Mittag nicht näher und näher gerückt wäre und mit ihm die leidige Frage, wie und wo man den Hunger stillen sollte.

„Weißt du“, sagte der Schreiber endlich zögernd und vorsichtig zu seiner Frau, „ich möchte wohl mal leichtsinnig sein! Wie wäre es, wenn wir einmal ausnahmsweise in einem Sommergarten zu Mittag äßen?“

Seine Frau starrte ihn an, als sei er plötzlich irrsinnig geworden. „Das kann doch dein Ernst nicht sein! Bedenkst du denn gar nicht den Kostenpunkt?“

„Nun, ich denke, wenn ich mein Taschengeld dafür herbeigebe und du eine Kleinigkeit vom Wirtschaftsgeld beisteuern könntest, müßte es gehen!“

Die Kinder waren wie verrückt vor Freude. Sie liefen durch den Wald und schrien sich gegenseitig zu: „Wir werden in einer Gartenwirtschaft speisen! Wir werden im Grünen essen! Ein richtiges Mittagessen gibt es!“ Es war kein Halten mehr. Wenn

Lied im Frühling

Brüder, laßt die Schwermut fahren,
Schwestern, laßt das Trauern sein,
Badet euch im kühlen, klaren
Frühlingswind die Seelen rein.
Hebt die Herzen in die Sonne!
Seht, schon grünen Busch und Strauch!
Nach den schweren Winterwochen
Zittert, grünt und leuchtet auch . . .

Seht, schon fliegen Schmetterlinge
Wundervoll durch allen Duft,
Sie zerbrechen leicht die Schlinge
Ihrer schwarzen Lebnegruft.
Ja, so heben wir die Flügel,
Ja, so sind auch wir befreit
Aus der schwarzen Gruft der Arbeit
Hin zur Frühlingsherrlichkeit!

Wenn der Wind in unsern Loden,
Wenn der Wind die Herzen kühlt,
Stürmen hunderttausend Vögel
Und wir werden aufgewühlt,
Wandern selig in die Ferne,
Himmelsstürmer, grün umlaubt,
Und des Abends blühen die Sterne
Strahlend über unserm Haupt!

Jugend trinkt aus goldnem Becher
Und spürt schauernd jede Lust,
Und es blüht dem trunkenen Becher
Alle Sterne in der Brust.
Brüder, Schwestern, laßt uns wandern,
Bis die Sterne schlafen gehn,
Bis der Sonne Flammenpferde
Hell am Morgenhimmel stehn!

Max Barthel

nicht alle Autorität draufgehen sollte, mußte Mathilde jetzt in den sauren Apfel beißen.

Freuen — konnte sie sich nicht. Die zu erwartende Ausgabe raubte ihr alle Unbefangenheit. In ihrer Brautzeit hatte sie einmal mit Otto in einem Restaurant gegessen, und der Preis, den sie damals gezahlt hatten, trat ihr jetzt wie ein Schreckgespenst vor die Seele — würde er doch heute wahrscheinlich um das Dreifache höher sein!

Im nächsten Sommergarten, der idyllisch im Grünen lag, nahm man in einer Laube Platz. — Der Kellner erschien.

Man wünsche zu speisen.

Sehr gern. Aber heute würde nur an gemeinsamer Tafel gespeist. Die Herrschaften mußten sich schon ins Haus bemühen, in einer Viertelstunde würde serviert werden.

Alma und Thea waren beinahe ohnmächtig vor Freude. Als Herrschaften waren sie angesprochen worden!

„Das wird nett werden!“ seufzte Mathilde. „Und vielleicht ist auch noch Weingewang? Wären wir nur etwas weiter gegangen, vielleicht hätten wir ein bescheideneres Haus gefunden, aber die Kinder sind immer so entsetzlich vorzeitig.“

Dann saß man in dem kühlen Saal, in dem die lange, festlich geschmückte Tafel schon wartete. Am untersten Ende des langen Tisches, durch einige leere Plätze von den übrigen Gästen getrennt, nahm der Schreiber mit seiner Familie bescheiden und ein wenig bekommen Platz.

Etwas gewagt war es wirklich! Wenn nun tatsächlich Weingewang herrschte!

Es herrschte Weingewang!

Mit gleichgültig erscheinendem Gesicht bestellte er eine Flasche Roten, während Mathilde vor Schreck die Suppe nicht durch die Kehle wollte.

Es gab außerdem Braten, junge Erbsen, Kompott und Backwerk. Die Kinder erinnerten sich nicht, jemals so großartig gegessen zu haben. Nur Mathilde kam zu keinem Genuß.

„Wie teuer mag der Wein sein?“ flüsterte sie. Schweigend zuckte Otto die Achseln. „Unter drei Mark kommst du nicht davon“, flüsterte sie wieder. „Kann sein!“ murmelte er leise und schenkte ein.

„Auf unsere Liebe!“ flüsterte er zärtlich und zwang sich, zu lächeln. Kein Mensch sollte sagen, daß er der Situation nicht gewachsen war!

Der Wein kostete drei Mark und das Gebäck 1,25 Mark. Die beiden Jungen wurden als Kinder mit fünfundsiebzig Pfennig berechnet, aber für Alma und Thea mußte der volle Preis erlegt werden. Mathilde wurde es schwarz vor den Augen, als ihr Mann dem Ober die Rechnung bezahlte und noch ein ansehnliches Trinkgeld beilegte, als sei eine Summe wie diese eine Kleinigkeit für einen Mann in seinen Verhältnissen.

Als sie draußen waren, flüsterte sie: „Ich glaube, der Wein ist dir zu Kopf gestiegen! Noch obendrein 50 Pfennig Trinkgeld zu geben. Ich meine, die Mahlzeit war gerade teuer genug. Von dem Betrag hätten wir eine halbe Woche leben können!“

Der Nachmittag schlich langsam wie eine Schnecke dahin. Das verausgabte Geld lastete wie ein Alp auf allen, und Mathilde setzte es durch, daß man auf den Kaffee verzichtete und zeitiger, als man gerechnet hatte, nach Hause pilgerte, und zwar wiederum zu Fuß, um wenigstens das Geld für die Rückfahrt in der Bahn zu sparen, das man in den Doranschlag mit eingesetzt hatte.

Als man endlich, bestäubt und müde, hungrig und abgespant von dem weiten Marsch, die dunkle Stiege hinaufkletterte, die zu Bertholds Etage führte, war es mit der guten Laune des Schreivers völlig vorbei, und als seine Frau, nachdem die Kinder zu Bett gegangen waren, von neuem begann: „Nun rechne einmal aus, Otto, wieviel wir für das Geld, das wir heute verzehrt haben, hätten kaufen können! Karichen muß wirklich im nächsten Monat ein Paar Stiefel haben, und Theas Schulkleid ist auch nicht länger mehr instandzuhalten!“ — da — schwieg der Registrator. Seufzend ließ er seinen Kopf sinken, und der graue Alltag, der niemals aus den Mauern seiner Wohnung wich, hob wieder schadenfroh sein Haupt empor. Im Grunde genommen mußte er seiner Frau recht geben.

Aber lockte es nicht auch sie hinaus in Feld und Wald, aus der Enge der kleinen Wohnung. Hungerten sie nicht auch nach Licht, Luft und Sonne?

Und da kam ihm die Erkenntnis, wie notwendig die Organisationen seien, die neben der Forderung auf Urlaub auch eine ausreichende Entlohnung verlangten, um damit die Grundlage für eine bescheidene Erholung zu schaffen. W. Scharrelmann.

Urlaub, Reisen, Menschenbildung

Der Urlaub ist dem Menschen eine Lebensnotwendigkeit. Wer ein ganzes Jahr hindurch das Einerlei des Alltags ertragen will, der muß einmal ausspannen.

Der muß aber auch in seinem Urlaub aus dem Alltag hinaus in eine andere Umwelt. Es ist wissenschaftlich erwiesen, daß das Ausspannen eine Aenderung des Lebenskreises zur Voraussetzung hat. Das sind zum Teil die Einwirkungen des anderen Klimas; Luftveränderung nennt man es in der Sprache des Volks. Es ist z. B. festgestellt, daß von den Kindern eines Erholungsheims die Kinder die intensivste Kräftigung gefunden hatten, die dem stärksten Klimawechsel unterworfen gewesen waren.

Diese Aenderung der Umwelt ist aber auch eine tiefere, geistige Notwendigkeit. Der Mensch muß einmal aus dem Gleichmaß der Tage heraus. Und ist ihm das Leben vielleicht auch befriedigend und beglückend, es drängt ihn hinaus in die Weite. Wandern und Reisen sind das innerliche Bedürfnis jedes einzelnen Menschen. Wandern und Reisen sind ein unumgänglich notwendiges Stück Menschenbildung.

Es ist nicht wahr, daß die Masse der Menschen ohne ein Verlangen nach Bildung ist. Denn Bildung ist nicht nur Vermehren von Wissen. Bildung ist in des Wortes tiefstem und schönstem Sinne das bildnerische Schaffen an der Persönlichkeit, das Wachsen des Menschen zu großem Sinn, das Durchadeln des Menschlichen.

Und wenn Menschen wandern und reisen möchten, dann regt sich diese Kraft aus der Tiefe. Dann regt sich dieses bildnerische Lebensbedürfnis des Menschen, der da im Weiten, jenseits des engen Werktagskreises, einmal atmen möchte, frei und tief. Weil diese Weite die Seele dehnt und weil diese Schönheit da überall das Herz groß macht und lebenglaubend.

So ist es nicht zu verwundern, daß dieses Wander- und Weltgefühl ein wesentliches Stück unserer Literatur geworden. Da wurde eben der Mensch zum dichterischen Werke, wie er ist und sucht und möchte und wie er leben muß. Der Mensch, der in engen Kreis gebannt ist und niemals hinaus kann, leidet in menschenwidrigem Zwang. Da wird der Mensch in seinem feierlichsten Wesen mißbildet, statt hinaufgebildet zu werden im Sinne dieses ewigen inneren Dranges.

Im Wesen des Menschen steckt eine heilige Unruhe. Ja, Wirken und Schaffen, jeder an seinem Platze. Doch dann immer wieder einmal an den Quell alles Lebens, da in die Weite, in die Ferne. Ist es der kosmische Ursprung des Menschengeschlechts? Ist es sein künstlerisches Bedürfnis nach Mannigfaltigkeit und Freude an Welt?

Schon bei den Alten, bei den griechischen Dichtern und Philosophen, war die Weisheit erwandert. Und diese heilige Unrast zieht sich durch die ganze Geschichte bis in unsere Zeit. Kleist, Seume, Goethe, Nietzsche, immer das gleiche. Von Norden nach Süden. Von Osten nach Westen. Warum? Weil es ihnen, aus unbekanntem innerem Drang notwendig gewesen. Weil Wandern und Reisen ein tiefes menschenbildnerisches Bedürfnis sind.

„Die beste Bildung findet ein geachteter Mensch auf Reisen“, so hat es Goethe einmal in klaren Worten gesprochen. Lesen und lernen! Und nochmals, lesen und lernen! Dazu aber reisen! Wandern! Nicht nur mit Zweck. Um zu lernen. Um gesehen zu haben. Nein, auch aus diesem unerklärlichen menschlichen Drang, der da befriedigt sein will. Weil Wandern und Reisen auch um ihrer selbst willen nötig sind. Weil der Mensch seine Seele immer wieder tauchen muß in das Unerfaßliche.

Einst banden die Handwerksburschen diese Lust an Weite und Welt mit ihrem wirtschaftlichen Bedürfnis. Poesie liegt über der Zeit, da Menschen so mit der Arbeit sich selbst suchten. Die ökonomischen Verhältnisse sind anders, aber das Wandern und Reisen bleibt, was es war.

Darum der Urlaub als Kulturnotwendigkeit! Darum das Einkommen, das Wandern und Reisen möglich macht, als Stück des Minimums der Existenz! Laßt nicht das Tiefste und Feierlichste im Menschen verfliegen! Der Kampf um das Recht auf Arbeit und Lohn ist der Kampf um den Menschen in seiner Größe und Tiefe, wie er sich in seinem Sehnen nach Weite zeigt.
Dr. Gustav Hoffmann.

Mißbrauche nicht die Freiheit

Das Heil des Volkes finde ich nicht bloß in seiner materiellen Pflege, sondern vorzugsweise in der Entwicklung seiner Freiheit.

Friedrich Daßmann.

Wie reiche Schmarozer reisen

Wir entnehmen diese treffliche Schilderung kapitalistischen Drogenrausches dem „Reisedienst des Mitteleuropäischen Reisebüros“ Ihrer Verfasserin, Paula von Reznicek, hat gewiß ferngelegen, die konterfeiten Kreise der „honetten Gesellschaft“ bloßzustellen. Um so wirklicher erscheint ihre ungewollte Kritik.

Einziges kontinentales Land der unbegrenzten Möglichkeiten, — phantastische Welt zwischen Ventimiglia und Cannes! Auf 60 Kilometer Küste fast ein Duzend „Klein-Paris“ in heftigster Konkurrenz. Wer in Monte wohnt, lauert schon auf den Augenblick, wo er mit der Rote der zahllosen staubpeitschenden Sechszylinder nach Cannes rasen kann, — wer zur Teestunde im überbelegten, überparfümierten Negresco in Nizza gerade noch seinen letzten Flirt beendet hat, sieht schon auf die Uhr, denn man will noch nach dem Blumenmarkt von Mentone in das dortige Kasino zum Bac. Ueberwiegend englische Laute, Deutsch und Französisch noch in der Minorität, manche Hotels hundertprozentig angloamerikanisch.

Und trotzdem, — trotzdem registert Frankreich hier, Paris, das dem schon sommerlich heißen Süden seinen Stempel aufdrückt, von den Roben Philippe et Gastons, Premets, Poirets bis zu den klassischen Namen Mazim, Ermitage, Cigogne, Perroquet, deren Reklamen ein vereinsamer Vogel Strauß am Korso spazieren führt, — sehnsüchtig in freien Momenten übers Meer der fernen Heimat zuglühend.

Nun, wo endlich nach langen Wochen des Regens und der kalten „Bora“ stehende Sonnenstrahlen schwärzeste Schlagschatten werfen, ist die Glut der Sinne auf der ganzen Front erwacht. Galadiner, Revue nègre, Majestic bal, Temple of Dancing, so bleicht es auf Schritt und Tritt in bunter Glühchrift, ob im Restaurant de l'Amirauté in Mentone oder in der entzückenden „Reserve“ von Beaulieu, wo Jazz und Bar auf einem Felspodest aufgebaut sind und Affen und Papageien die erstaunten Gäste begrüßen.

Ewig kreisender Zirkel! Kaum sind die Erregungen der Tennisegechte im Beau-Site vorüber, setzen die Golfchampionships ein. Bekannte Gesichter, die sich alljährlich hier ihr Stelldichein geben und die Prominenten der Gesellschaft sowie die Cracks der verschiedenen Sports zu einem großen, vielleicht unübertrefflichen Sammelsurium vereint.

Es gibt ja keine Entfernungen, man ist überall, wo was los ist und die azurblauen Prachtpromenaden, die sich den Riesenstrand entlangziehen, scheinen den einen Ort mit dem andern zu verbinden. Nachts noch im Hotel und — tags darauf beschließt man, einen Apéritif auf der „Promenade des Anglais“ in Nizza zu nehmen: Nurses, Kinderwagen, Krämer, afghanische Hunde, amerikanische Craber, winzige Selbstfahrer-Automobile aus Leopardenfellen und Schweinsleder karossiert. Blumen über Blumen überschwemmen die Stände. Mimosen, gefüllte, glutfarbene Nelken, Veilchenmassen! Lunch (zwanzig bis dreißig Franks), dann Sport, Taubenschießen und wieder — Tennis. Voll Verzweiflung knabbern schon die Zuschauer Spazierstöcke und Hüte an, wenn es der charmanten Spanierin d'Alvarez nicht gelingt, Niederlagen abzuwehren. Claude Anet, soeben von seiner Deutschland-Reise aus Berlin zurückgekehrt, taucht auf, an der Seite der faszinierenden Gräfin Teleky, nicht nur Meister der Belletristik, sondern auch vor etwa 20 Jahren französischer Champion des „weißen Sports“.

Aber erst der Abend! Wie Perlenschnüre reihen sich die Lichter der glanzvollen Orte aneinander. Der gleiche Himmel umspannt die glöckenden Matrosen vor den Bars in Villefranche, die dunklen Gäßchen Nizzas, die die tollsten Geheimnisse unter der Mimikry eines „Cinéma“ bergen, und die Freitreppen des „Ambassadeur“ im Kasino von Cannes, auf denen die Gentlemen ihre bedenklieh leeren Taschen durchsuchen.

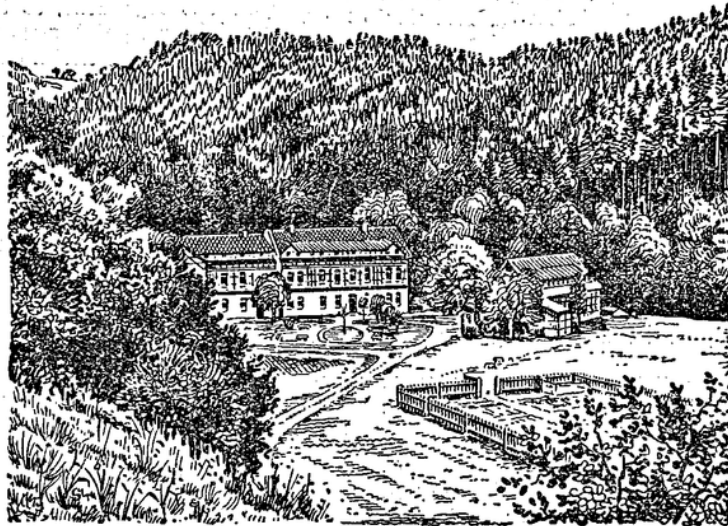
Ueberhaupt — das Ambassadeur! Clou und Gipfel der Extravaganz, Sammelbecken der Glerigen. Könige klopfen sich auf die Schulter, Gustav von Schweden, der liebenswürdig-unentwegte

Tennissouverän, und ein anderer Herrscher, der nie nahe genug an der Girl-Bühne sitzen kann, Manuel, Portugals Erzkönig, hat — als glücklicher Riesenerbe — längst Erfaß für die unvergeßliche Gabu Deslys gefunden, deren Nachlaß gerade in Marseille Gegenstand eines späten Skandalprozesses ist.

Während mit feierlicher Gebärde: Suprême de Turbotin, Coer de Filet Mignon Masséna, Poularde Bressane rôtie au feu de bois, gereicht werden, wandern die Blicke von Tisch zu Tisch, wo neben den Kavaliere im Smoking — Frack wie auch in St. Moritz ganz selten — in den zwei Stunden des genießerischen Mahles der kostbarste Schmuck des Kontinents von Frauen- schultern, Armen und Rückenausschnitten aufblüht. — Es ist Zeit, an die Nacht zu denken, die man der „Maisonette“

oder „Kasbek“ weihet, wo russische Reminiscenzen träumerisch stimmen: Vorräum mit Vitrinen voll des Silbergeschäbes eines russischen Prinzenhauses, Tanzraum mit kostbaren Champagnerkübeln auf den Tischen, die noch das alte Wappen tragen. — Doch vorher diniert der Kenner abseits von der Hotel-Karawanserei, nahe dem Quai, unter rotgelb gestreiftem Restaurantdach, für wenig Geld die französischsten aller Gerichte: Bouillabaisse, Muscheln, Kuttelfleck, Gorgonzola mit Sellerie. Dazu Musik: ein Bettler mit einer Harfe läßt sieben verstimmte Saiten erklingen, einen weißen Pudel zu seinen Füßen. Im Nu ist der Messingteller voll, zwanzig, dreißig, Frank. Der Harfen-

spieler küßt sein Hütchen, zieht seines Wegs — die Zigarette im Mund. Auch ein einträgliches „Spiel“ an der „Côte d'Azur“!



Ferienheim Neumühle

Ferienheim Neumühle

Die Neumühle bei Stadroda im Zeisgrund ist Eigentum der Leipziger Gewerkschaften. Sie liegt mitten im Walde, fern von jedem Fahrverkehr und ist so recht geeignet für Großstadtmenschen, die ausspannen wollen. Die Umgebung ist die echte Thüringer Landschaft. Wald, Wiesen, stark ansteigende Hügel, Teiche, ein idyllisch gelegener Waldsee, für Freunde der Natur eine schöne Stätte.

Das Heim hat 34 Zimmer mit 63 Betten, Gastzimmer, einen Saal für 100 Personen, Wannenbäder, Waschraum mit fließendem Wasser für Touristen, Dunkelkammer, Lesezimmer mit Bibliothek. Außerdem ist in jedem Zimmer Dampfheizung und elektrisches Licht. Die elektrische Kraft wird selbst erzeugt.

Im Badbett ist eine Wasserturbine eingebaut, die einen Dynamo treibt. Eine eigene Kühlanlage sorgt für die Frischhaltung von Lebensmitteln und zur Eiszerzeugung. — Eine schöne, neuzeitlich eingerichtete Jugendherberge, die etwas abseits vom Hauptbetrieb liegt, dient der wandernden Jugend zur Unterkunft und zum Aufenthalt. — Wer einmal in Neumühle eingekehrt ist, wird gern wiederkommen, denn unter den Ferienheimen der Arbeiterschaft nimmt Neumühle nicht den letzten Platz ein. — Zuschriften und Zimmerbestellungen bitten wir an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsauschuß Leipzig, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 32, zu richten.

Der Urlaub

Zeichnung von Sandberg



„Was?!? Urlaub wollen Sie haben! Wo Sie den ganzen Sommer über bei geöffnetem Fenster arbeiten dürfen?“

Die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter Kölns

Als die Ortsverwaltung Köln den bestehenden Lohnsatz am 1. März d. J. kündigte, war man sich darüber klar, daß man vor einer der schwierigsten Bewegungen, die je geführt wurden, stände. Die Spruchpraxis der Schlichtungsinstanzen auf der einen Seite, auf der anderen Seite das immer stärker werdende Drängen von Industrie und Handel auf die Stadtverwaltungen trugen das ihrige dazu bei. Diese Tatsachen waren uns Veranlassung gewesen, mit äußerster Sorgfalt reichliches Material zusammenzutragen. Durch die Herausgabe von Fragebogen an einen großen Teil unserer Mitgliedschaft, durch Sammlung aller erreichbaren Lohnsätze, durch eingehende Berechnung alles statistischen Materials hatten wir uns auf die schwierigen Verhandlungen vorbereitet. Die erste mit der Stadtverwaltung geführte Verhandlung führte zu keinem Ergebnis.

Bürgermeister Spennrath unterbreitete als Verwaltungsvorschlag das Ansuchen, die bestehenden Löhne auf ein weiteres Jahr zu verlängern. Der Sozialpolitische Ausschuß des Stadtparlamentes, der nach Scheitern dieser ersten Verhandlung zu der Lage Stellung nahm, trat mit einer Mehrheit vom Zentrum bis zur äußersten Rechten der ablehnenden Haltung der Verwaltung bei. Daraufhin wurde die Bezirkschiedsstelle angerufen, die nach ihrer sechsständigen Beratung endlich mit den Stimmen der Arbeitnehmer einen Spruch fällte, der die Löhne vom 1. April ab um 4 Pf. mit Geltungsdauer bis 31. März 1930 erhöhte. Dieser Spruch wurde von beiden Seiten abgelehnt. Die Verwaltung begründete ihre Ablehnung damit, daß einmal eine Lohnerhöhung für sie untragbar und zum andern die Geltungsdauer zu kurz sei. Die Gewerkschaften, denen die Stellungnahme der Verwaltung früh genug bekannt war, kamen zur Ablehnung, weil sie den Spruch nicht für ausreichend hielten. Dann kam der schwarze Tag nicht nur für Köln, sondern auch für andere Bezirke unseres Verbandes am Zentralausschuß in Berlin, mit den Sprüchen für Frankfurt, Hannover und die märkischen Gemeinden; an vierter Stelle stand Köln. Auch hier ist das Bestreben, den Kölner Spruch in seiner Geltungsdauer zu verlängern und der Höhe nach zu verringern. Wir haben dort noch am besten abgeschnitten, indem ein Spruch nicht zustande kam.

Auf Grund dieser Entscheidung faßte eine stark besuchte Funktionärerversammlung den Beschluß, der Verwaltung eine letzte Verhandlungsmöglichkeit mit dem Ziel der Verständigung anzubieten. Gleichzeitig wurde die Verbandsleitung beauftragt, alle Maßnahmen zu treffen, um beim Ablauf der vorgesehenen Frist zum Streik bereit zu sein. Dienstag nach Pfingsten fanden die Verhandlungen statt. Auch dort konnte sich die Verwaltung zu keiner positiven Zusage entschließen. Bürgermeister Spennrath erklärte sich lediglich bereit, dem am Mittwoch zusammen tretenden Aeltestenausschuß einen Vorschlag zu unterbreiten, falls die Gewerkschaften sich entschließen könnten, von ihrer ursprünglichen Forderung von 10 Pf. abzugehen. In der Sitzung des Aeltestenausschusses erklärte sich dieser bereit, nachdem ein Angebot der Gewerkschaften von 4 Pf. ab 1. April und weitere 3 Pf. ab 1. Oktober mit Geltung bis 31. März 1930 vorlag, seinerseits 3 Pf. und weitere 2 Pf. ab 1. Oktober mit Geltungsdauer zum 30. September 1930 zuzusagen. Die Gewerkschaften lehnten diesen Vorschlag ab und machten nach längeren Verhandlungen schließlich folgendes letzte Angebot: 4 Pf. (d. h. die Höhe des Kölner Spruchs) ab 1. April, weitere 2 Pf. ab 1. Oktober 1929 mit Geltungsdauer bis 30. September 1930. Wenn wir uns zu diesem Angebot, insbesondere bezüglich der Geltungsdauer, entschlossen hätten, dann aus dem Bestreben heraus, das letzte zu tun, um der Bürgerschaft unsere Bereitwilligkeit zur Verständigung im weitest gehenden Maße darzutun. Bürgermeister Spennrath konnte sich nicht entschließen, diesem Angebot zuzustimmen; er wollte es jedoch übernehmen, diesen Vorschlag dem Aeltestenausschuß vorzulegen und erklärte sich bereit, selbst diesem Vorschlag nicht entgegenzutreten. Damit konnte man nach Treu und Glauben annehmen, daß die Verständigung gefunden sei. Am Abend beschlossen dann auch unsere Funktionäre mit überwältigender Mehrheit, diesem Vorschlag zuzustimmen und damit die Lohnbewegung zum Abschluß zu bringen.

In diesem Augenblick wurde die als sicher feststehende Verständigung fast zerschlagen durch einen tölpelhaften und taktisch äußerst unklugen Zeitungsbericht im Stadt-Anzeiger aus der christlichen Mitgliederversammlung. Dort war mit Fettdruck das Ergebnis der Verhandlungen als Angebot des Bürgermeisters dargestellt und hinzugefügt, daß er die Verpflichtung übernommen

habe, sich für die Annahme im Aeltestenausschuß Park zu machen. Durch diese Darstellung fühlten sich die Parteien der Rechten, einschließlich des Zentrums, desaniert, und waren nicht einmal mehr bereit, den 3- und 2-Pfennig-Vorschlag anzunehmen. Dem Vertreter der SPD, der feststellen konnte, daß unsere Organisation mit dieser Berichterstattung nichts zu tun hatte, gelang es, eine Abtötung zu verhindern, und der Ausschuß vertagte sich um 24 Stunden. Diese Zeitspanne wurde auf christlicher Seite benutzt, das zerschlagene Porzellan in den Kreisen der Zentrumspartei wieder zu kitteln, und Freitagvormittag hat dann der Aeltestenausschuß den Vorschlag 4 Pf. ab 1. April, weitere 2 Pf. ab 1. Oktober mit Geltungsdauer bis 30. September 1930 angenommen.

Mit zur Verschärfung der Situation hat allerdings auch Bürgermeister Spennrath beigetragen, der am Dienstag durch Abhaltung einer Pressebesprechung die bürgerliche Presse geradezu gegen die städtischen Arbeiter aufputschte. Dabei konnte man die empörende Doppelzüngigkeit der bürgerlichen Presse feststellen. Die „Kölnische Zeitung“, das Organ der Großindustrie und der Deutschen Volkspartei, schreibt u. a. über das letzte Verhandlungsergebnis: „dieser Beschluß sei kaum verständlich, das Presseamt lasse nichts verlauten über die Auswirkung auf die Tarife“ und sagt dann wörtlich:

„Erfreuten sich die städtischen Arbeiter mit ihrem Vorgehen bisher schon nicht gerade der freudigen Zustimmung der übrigen Bürgerschaft, so würde ein Ausstandsbeschluß nach diesem wirtschaftlich nicht zu rechtfertigenden Entgegenkommen der Stadtverordneten, das ja auch wohl die Zustimmung der Verwaltung gefunden hat, einfach auf Unverständnis stoßen, um andere Ausdrücke zu vermeiden.“

Ein weiteres aber zeigen diese ganzen Verhandlungen und haben auch die Beschlüsse zum Wochenlöhntarif der Straßenbahnen gezeigt: die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Umorganisation der ganzen städtischen Betriebe, ihre Herausnahme aus dem kameralkmäßig-parlamentarischen Klügel und ihre Einbringung in privatwirtschaftliche Unternehmungsformen mit der anderswo erprobten Verbindung zum Stadtparlament.“

Wann endlich wird die städtische Arbeiterschaft Kölns eine Zeitung, die in solch erbärmlicher Weise ihre Leserschaft hinter das Licht führt, aus ihren Wohnungen entfernen? Hoffentlich wird auch die christliche Organisation erkennen, daß ein derartiges Organ nicht als ihr Sprachrohr in Frage kommen kann. Typisch war wieder bei der Bewegung der Wortradikalismus der Christen, möglichst laut brüllen, recht oft das Wort „Streik“ im Munde führen, um im entscheidenden Augenblick desto kräftiger zu bremsen.

Die Opposition ist in der ganzen Bewegung nicht in Erscheinung getreten. Man hatte sich begnügt, die platonische Forderung von 15 Pf. aufzustellen, um damit die Gewerkschaftsforderung um 50 Proz. zu überbieten. Erst nachdem die Bewegung abgeschlossen war, kam der bekannte Ruf vom Derrat der Gewerkschaftsbürokratie usw. Nachdem die Funktionäre bereits im Besitz der vervielfältigten Löhne waren, brachte die „Sozialistische Republik“ nochmals die Aufforderung zum Streik. In dem gleichen Flugblatt hatte man gerufen: „Kein Wagen fährt, kein Hammer rührt sich, bevor nicht die Streikkomitees gebildet sind! Um 11 Uhr vormittags demonstriert die Arbeiterschaft vor dem Rathaus!“ Derantwortlich für dieses Flugblatt zeichnete der Reichstagsabgeordnete Kollwitz. Für die revolutionären Betriebsräte wäre es auch wirklich zu gefährlich gewesen; denn für ihre radikalen Phrasen auch ihre ganze Person mit aller Konsequenz einzusetzen, war nie ihre starke Seite. Zur gleichen Zeit, als man in der Stadt die Flugblätter verteilte, erklärte der revolutionäre Betriebsrat Büßer in einer während der Kaffeepause abgehaltenen Betriebsversammlung seiner Dienststelle, jeder solle jetzt wieder an seine Arbeit gehen. Im Gaswerk erklärte der kommunistische Betriebsrat Ebert seinem Betriebsleiter: „Diese Aufforderung kommt für unsern Betrieb nicht in Frage!“ Unsere konsequente Haltung, unser Material, unsere Führung haben der Bewegung den Stempel gewerkschaftlicher Disziplin aufgedrückt und uns zu einem bedeutenden Erfolge geführt. Bei der augenblicklichen Situation ist der moralische Erfolg noch höher zu bewerten als der materielle. Die Opposition aber hat ihre Unfähigkeit und Ohnmacht bewiesen, und die Christen werden erkennen müssen, daß ihre Taktik, radikal zu tun, viel zu schreiben und zu verleumden, nicht dazu angetan ist, Erfolge zu sichern. Unsere Organisation ist und bleibt die Interessensvertretung der organisierten Gemeindearbeiter. L

Vorstoß gegen die Schlichtungsgesetzgebung

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in einer Pressekonferenz am 1. Mai ihre Abänderungsvorschläge zur Schlichtungsordnung offiziell bekanntgegeben. Die Vorschläge beziehen sich auf Zweck der Schlichtungsorganisationsverfahren und Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen.

Von dem geltenden Schlichtungsrecht unterscheiden sich die Abänderungsvorschläge vor allem in einer wesentlichen Einschränkung der Anrufung der Schlichtungsinstanzen durch eine Partei. An die Stelle der Schlichter bzw. des Reichsarbeitsministers soll für die Verbindlicherklärung eine Reichsschiedsstelle treten, die aber auch nur unter bestimmten Voraussetzungen eingreifen darf und wenn ein Schiedsspruch in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung berechtigt ist. Außerdem ist die Verbindlicherklärung an eine Zweidrittelmehrheit gebunden. Die Vorschläge der Arbeitgeberverbände verändern Sinn, Zweck und Bedeutung des Schlichtungswesens grundsätzlich. In der Begründung dieser Vorschläge wird betont, daß es nicht Zweck und Aufgabe des Staates sein könne, in die Sphäre privatwirtschaftlicher und privatrechtlicher Verträge, wie sie die Regelung der Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer darstellt, von sich aus zwangsweise einzugreifen. Das Schlichtungswesen könne nur dann zur Anwendung kommen, wenn die Austragung der Gesamtkreitigkeiten durch Arbeitskämpfe über das wirtschaftliche Interesse des einzelnen Streitfalles hinaus das staatliche Gesamtinteresse berührt. Die Reichsschiedsstelle als Organ des Staates und Träger der Staatshoheit habe ihre Entscheidung über die Verbindlicherklärung im Namen des Staates unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen zu fällen.

Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände hat in diesen Vorschlägen außerordentlich eindeutig ihren Entschluß kundgegeben, daß sie nicht gewillt ist, die Grundzüge der Weimarer Verfassung und die heutige Entwicklung des Wirtschafts- und Arbeitslebens anzuerkennen, vielmehr diese Entwicklung wieder auf die freie kapitalistische Wirtschaft zurückführen will. Dem gegenüber müssen die Gewerkschaften genau so eindeutig erklären, daß sie sich unter gar keinen Umständen bereit finden werden, diese Grundzüge der Unternehmer anzuerkennen. Die Vorschläge der Vereinigung zur Abänderung des Schlichtungswesens offenbaren das vollkommen hemmungslose Machtstreben der Unternehmerklasse.

Der Wirtschaftsfrieden ist für sie nur ein wirtschaftlicher, aber kein sozialer Begriff. Nur wenn es den Unternehmern nicht gelingt, die Arbeitnehmer niederzuhalten, soll das staatliche Schlichtungswesen eingreifen dürfen. Soziale Gründe dürfen hier nach im Schlichtungswesen überhaupt keine Rolle spielen. Die Gewerkschaften wollen die Vertiefung und Durchsetzung des Kollektivismus. Die Vereinigung aber fordert die Wiederherstellung der freien kapitalistischen Wirtschaft. Die Gewerkschaften sehen dem gegenüber die Durchsetzung der Wirtschaftsdemokratie. Die Vereinigung begründet ihre Forderung nach freiwilligen Schlichtungsstellen auch mit der Hebung des Verantwortungsgefühls der beiderseitigen Parteien. Das Unternehmertum hat aber bisher alle auch

noch so berechtigten Forderungen abgelehnt. Die wirkliche Verantwortung in Arbeitskämpfen liegt allein auf Seiten der Gewerkschaften. Aus allen diesen Gründen hat der demokratische Staat unter allen Umständen die Aufgabe, nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer, sondern vor allem auch soziale Interessen der Arbeiterklasse und darüber hinaus die der Allgemeinheit wahrzunehmen. Die Unternehmer müssen sich ein für allemal klar darüber sein, daß die Zeit der freien kapitalistischen Wirtschaft endgültig vorbei ist. Das Schlichtungswesen hat eine eminent politische Aufgabe zu erfüllen, und die Gewerkschaften vertreten den Grundsatz, daß es ein Teil der Wirtschaftsdemokratie ist. An der gegenwärtigen Form des Schlichtungswesens darf grundsätzlich nicht gerüttelt werden. Darüber hinaus kann es sich nur noch darum handeln, daß der nach Auffassung des Reichsarbeitsgerichts unzulässige Stichtenscheid eindeutig gesetzliche Anerkennung zu finden hat, damit der Staat seine ihm im Schlichtungswesen gestellten Aufgaben wirklich zu erfüllen in der Lage ist. Diese Auffassung vertreten die Gewerkschaften unbeschadet der weitest gehenden Bewegungsfreiheit, die sie auch gegenüber dem Staat verlangen.

Jedenfalls kann es aber nicht so gehen, daß auf Wunsch und Willen der Arbeitgeberverbände das heutige Schlichtungswesen aufgehoben und vernichtet wird und an Stelle dessen eine Körperschaft nach dem Willen der Arbeitgeberverbände tritt, die nie die wirtschaftlichen, viel weniger aber die sozialen Belange der Arbeitnehmer wahren.

Friz.

Teilbericht zur Lohnbewegung im rhein-mainischen Tarifgebiet

Durch Spruch der Bezirkschiedsstelle sollte ab 1. April 1929 eine allgemeine Lohnerhöhung von 2 Pf. für die männlichen Lohngruppen in Ortsgruppe I eintreten. Daneben sollte eine Dienstalterszulage von 2 Pf. nach zwei Dienstjahren für alle Arbeitnehmer zur Einführung gelangen. Die Laufzeit des neuen Vertrages war auf ein Jahr, bis zum 31. März 1930, festgelegt. Der Zentralausschuß in Berlin hob diesen Schiedsspruch auf, beseitigte die Dienstalterszulage und erhöhte die allgemeine Lohnzulage in der Spitze der Ortsgruppe I auf 3 Pf. Die anderen Sätze sollten nach dem bisherigen Schlüssel errechnet werden, Laufdauer bis zum 31. März 1931. Um die Verschlechterung, insbesondere die lange Laufdauer abzuwehren, traten die Arbeiter, mit Ausnahme der lebensnotwendigen Betriebe, am Samstag, dem 18. Mai 1929, früh in den Orten Frankfurt (Main), Offenbach, Mainz, Wiesbaden, Darmstadt und Langen in den Streik. Der Streik wurde nach eintägiger Dauer wieder abgebrochen, nachdem der Schlichter des Bezirks den Spruch des Zentralausschusses für verbindlich erklärt hatte, wobei er allerdings die Laufdauer des Tarifs auf ein Jahr herabsetzte. Inzwischen sind nun neue Differenzen ausgebrochen, die zurzeit noch nicht gelöst sind. Sobald diese ihre Beendigung gefunden haben, werden wir etwas eingehender die Angelegenheit behandeln.

Bildungsarbeit

Unser erster Frauenkursus

Es ist eine unstrittene Frage, ob innerhalb der freien Gewerkschaften gesonderte Frauenveranstaltungen stattfinden sollen oder nicht. Die einen sagen, es gibt nichts im Bereich gewerkschaftlicher Betätigung, das die Männer oder die Frauen allein angeht. Auf allen Gebieten müssen beide Geschlechter zusammenarbeiten. Besondere Frauenveranstaltungen aber hemmen diese Zusammenarbeit. Die andern dagegen meinen, es gebe sehr wohl gewerkschaftliche Dinge, welche die Frauen mehr als die Männer interessieren, womit sie nicht sagen wollen, daß die Männer sich darum nicht zu kümmern brauchen. Man denke nur an die besonderen Arbeitsschutzbestimmungen für die Frau. Im Widerstreit der Meinungen kann den Entscheid bündig nur das Leben, die praktische Erfahrung geben. Und diese haben eigentlich bereits entschieden. Überall, wo die Arbeit unter den Frauen durch besondere Frauenabteilungen und weibliche Funktionäre getan wird, hebt sich unter den weiblichen Mitgliedern die Aktivität und das Organisationsverhältnis. Es liegt doch auf der Hand, daß die seelische Verschiedenheit zwischen den Geschlechtern eine verschiedene Art der Behandlung erfordert.

Es wäre allerdings falsch, daraus zu folgern, daß in allem und jedem die Trennung durchzuführen sei. Das Gemeinsame ist

durchaus das Ueberwiegende, aber daneben gibt es noch einige Besonderheiten für die Frauen, die gesonderte Veranstaltungen neben den gemeinsamen rechtfertigen. Bisher waren in unserer Bildungsarbeit alle Kurse für männliche und weibliche Mitglieder in gleicher Weise zugänglich. Und sie müssen und werden es bleiben. Aber die Frauen kamen dazu nur in unverhältnismäßig geringer Zahl. Da die Kurse immer mehr Spezialkurse für die einzelnen Verbandssektionen wurden und dafür stets den Wirtschaftsbezirken nur je zwei Teilnehmer zugestanden werden konnten, wird jeder, der die Verhältnisse kennt, verstehen, daß die Frauen fast ganz in den Spezialkursen fehlten. Als wir noch Kurse für die Wirtschaftsbezirke veranstalteten, war begreiflicherweise die Zahl der Frauen größer. So bildet ein eigener Frauenkursus die notwendige Ergänzung zu dem System der Spezialkurse. Mehr als Theorien beweisen die Tatsachen, beweisen die Zahlen.

Dom 2. bis 17. Mai fand nun unser erster Frauenkursus in unserem Heim statt. 25 Kolleginnen aus allen Gegenden Deutschlands nahmen daran teil. Zwei Drittel gehören begreiflicherweise zur Sektion Gesundheitswesen.

Wie würde der Versuch ausschlagen? Man war gespannt. Um es gleich von vornherein zu sagen: das Experiment — wenn man diesen Ausdruck gebrauchen darf — ist glänzend gelungen.

In der Tageseinteilung behielten wir die bewährte Form bei. Vier Stunden Unterricht, möglichst in arbeitsgemeinschaftlicher Art, zwei Stunden praktische Übungen, einundeinhalb Stunden schriftliche Arbeiten, einundeinhalb Stunden Sport oder gemein-

jamer Spaziergang, künstlerisch-unterhaltsame Ausgestaltung jedes zweiten Abends. Nicht ohne Absicht wurde an einem Donnerstagabend begonnen, so daß bereits nach zwei vollen Arbeitstagen der Sonntag Erholung brachte und die Gefahr der Ueberlastung beseitigte, die besonders für die Anfangstage bestand.

Die Besonderheit des Kurses trat im Unterrichtsstoff in Erscheinung. Von den Themen der andern Kurse blieben hier nur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und unseres Verbandes sowie Arbeitsrecht. Dafür stand die eine Hälfte der Kurszeit zur Verfügung, die andere wurde der Behandlung von Frauenfragen gewidmet. Für diese Themen waren Frauen als Lehrerinnen gewonnen. Frau Adele Schreiber behandelte an zwei Tagen das Thema: Die Frau im öffentlichen Leben und die Frau im bürgerlichen Recht, Frau Anna Geyer: Die Erwerbsarbeit der Frau, Frau Karola Wedl: Der Arbeitsschutz der Frau, Frau Else Niewiera: Die Frau in der Arbeiterbewegung, je an einem Tag.

Aus dem Unterrichtsstoff ergibt sich, daß der Kursus ebenso auf gewerkschaftliche Funktionärschulung wie darauf eingestellt war, die Teilnehmerinnen in die spezielle Frauenbewegung einzuführen, die ja einen besonderen Faktor im öffentlichen Leben der Gegenwart darstellt. Beide Gebiete fanden das gleiche Interesse bei den SchülerInnen, am lebhaftesten schienen sie allerdings bei den speziellen Frauenthemen gepackt zu werden. Es steht zu erwarten, daß gerade aus ihnen die stärksten Impulse zu größerer Aktivität in der Verbandstätigkeit hervorgehen werden. Es ist eine Tatsache, die nicht geleugnet werden kann: die Frauen bedürfen besonderer Energie und Regsamkeit, um sich den Männern gegenüber im Verbandsleben durchzusetzen und um jene im Verhältnis zur weiblichen Mitgliedschaft geringe Funktionstätigkeit auszugleichen. Daß sie es können, dafür gibt es innerhalb unseres Verbandes Beispiele genug, beweisend ist dafür aber auch die Energie, Lebhaftigkeit, Ausdauer und Aufnahmefähigkeit der SchülerInnen während des Kurses.

Es darf hier mit Recht gesagt werden, daß der Verbandsvorstand alles getan hat, um den Kursus auch durch die Ausgestaltung der unterrichtsfreien Zeit so eindrucksvoll wie möglich zu gestalten. Es schien ihm angebracht, das ästhetische Moment dabei stärker zur Geltung kommen zu lassen. So wurde der Kursus gleich mit einer künstlerisch hochstehenden Feier eröffnet, an zwei Abenden behandelte man literarische Fragen, an einem sprach man über das Eheproblem in der modernen Literatur, an einem andern wurde ein Lichtbildvortrag über die Mode in ihrer sozialen Verknüpfung gehalten. Hinzu kamen zwei Filmvorführungen. Die tiefste Ergriffenheit löste der Abend aus, an dem Alfred Beierle die Geschichte von den sieben Geheulenen von Andrejew vortrug.

Der Qualität des Dargebotenen entsprach das Verhalten der SchülerInnen. Es herrschte unter ihnen eine geradezu vorbildliche Harmonie der Gemeinschaft. Der gute Wille, sein Bestes bei der Arbeit zu geben, stets wacher Humor in der Freizeit und jederzeitige Bereitschaft zur Disziplin und Einordnung machten gewiß den Kursus zu einer der angenehmsten Erinnerungen für SchülerInnen und Vortragende. Gesteigert wurde der angenehme Eindruck noch dadurch, daß die äußeren Umstände des Kurses die besten waren. Die schöne Umgebung unseres Heims entfaltete in diesen Mattagen ihre Frühlingspracht.

Zusammenfassend ist zu sagen, die Erfahrungen bei diesem Kurs lassen es dringend wünschenswert erscheinen, daß dem ersten Frauenkursus andere folgen müssen. D. H.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Die Aufstockung der Zollmauern. Der Kapitalismus befindet sich in der Epoche der großen Umschichtung. Deutlich wird dies durch die Handelspolitik bewiesen, welche die Länder, hauptsächlich die mit hochentwickeltem Kapitalismus, führen. Um die Absatzgebiete ist ein Kampf entbrannt, der mit den schärfsten Waffen geführt wird. Dabei spielen natürlich die Zölle, die das Eindringen fremder Waren verhindern sollen, die größte Rolle. Jedes Land umgibt sich mit einer möglichst hohen Zollschutzmauer, und wie die Dinge gegenwärtig liegen, sind auch diejenigen Länder dazu gezwungen, die aus handelspolitischer Weisheit sonst grundsätzlich Gegner der Schutzollpolitik waren. Ein schlagendes Beispiel hierfür bietet England, das bis in die neueste Zeit am Freihandel festgehalten hat, jetzt aber immer mehr zum Schutzoll übergeht. Auf dem europäischen Kontinent aber, wo als Kriegsfolge eine ganze Reihe von neuen Staaten entstanden sind, die in aufflammendem Nationalismus am liebsten jede fremde Ware verbannen möchten, führen die Länder geradezu einen Kampf um die höchsten Zollmauern. Obgleich die Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1927 sehr eindringlich zum Abbau der Zölle geraten hat, werden die Zölle nicht nur erhöht, sondern auch auf Waren eingeführt, die bis vor wenigen Jahren völlig zollfrei waren. Das neueste Ereignis ist die Aufstockung der Zollmauern in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Im Gegensatz zu England hat Amerika auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung noch eine große Zurückhaltung geübt, und mit der Wahl Hoovers zum Präsidenten der Union galt als ziemlich sicher, daß die Zölle einer gründlichen Reform unterzogen

werden. Dieser Vorgang ist deshalb so bemerkenswerter, weil die Vereinigten Staaten die ausländische Konkurrenz wenig zu fürchten haben. Denn hinter der amerikanischen Industrie steht eine gewaltige Finanzmacht, die mächtigste der Erde. Amerika ist in der Lage, durch Unterbietung den ausländischen Konkurrenten zu schlagen, ihn zu verdrängen. Es liegt auf der Hand, daß bei dieser günstigen Stellung Amerikas in der Weltwirtschaft hier die hohen Zölle noch weniger gerechtfertigt sind denn anderswo. Natürlich wird das amerikanische Vorgehen andere Länder in der Aufstockung ihrer Zollmauern bestärken. Die Tendenz geht nach oben, was selbstverständlich eine weitere Zuspitzung der handelspolitischen Gegensätze zur Folge hat. Kein Land will zurückstehen, und die Unternehmer verstehen es überall ganz gut, auf die Regierungen und Parlamente ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß Zölle eine Notwendigkeit sind. Zur Beruhigung der Wirtschaft führt diese Handelspolitik nicht, neue Gegensätze werden aufgerissen, die wiederum neuen Konfliktsstoff schaffen. E. U.

Landstraßenwärter

Ragnit. In der Versammlung am 12. Mai berichtete Kollege Riek über die mit dem Landrat Dr. Penner geführten Lohnverhandlungen, die allerdings nicht mit dem wünschenswerten Erfolg abgeschlossen wurden. Zur Kreiskonferenz wurden zwei Delegierte gewählt. Die immer noch zahlreich vorhandenen Unorganisierten geben Veranlassung, sich mit der Frage einer intensiveren Bearbeitung dieser Kollegen zu beschäftigen.

Aus unserer Bewegung

Plauen. Die Stadtverwaltung hat hier Veranlassung genommen, den Tarifvertrag, soweit er die stundenweise beschäftigten Reinigungsfrauen der städtischen Schulen und Verwaltungsgebäude betrifft, zu kündigen. Zweifellos lag die Ursache dazu in dem Wunsche, die kleinen Erwerbungen für diese Arbeitnehmer durch die Organisation noch mehr zu schmälern. Der Tarifvertrag sah vor, daß die Wochenfeiertage zu bezahlen sind, d. h. die Frauen erhalten die Stunden bezahlt, die sie an diesen Tagen gearbeitet hätten, wenn kein Feiertag gewesen wäre. Einige Hausmeister sahen sich veranlaßt, diese Mehrausgaben der Stadtverwaltung dadurch hereinzuholen, daß sie die an den Festtagen ausfallenden Arbeitsstunden durch die Reinigungsfrauen an den Tagen vorher ableisten ließen. Damit hätte man den Tarifvertrag natürlich umgangen, wenn die Organisation nicht dagegen Stellung genommen hätte. Nun versucht man, auf dem Wege der Kündigung des Tarifvertrages die Dinge im Sinne der rückwärtigen Stadtverwaltung zu ändern, mit der alt hergebrachten Begründung, daß der Reinigungsaufwand für die städtischen Schulen und Verwaltungsgebäude zu hoch sei. Wir werden bei den kommenden Verhandlungen darauf zu sehen haben, daß das Bestehende für die Reinigungsfrauen unter allen Umständen erhalten bleibt.

Rundschau

Hugenberg, eine Gefahr für Volk und Republik. Es dürfte vielen Kollegen nicht uninteressant sein, zu erfahren, daß dieser geschworene Feind der Republik und heutige Großindustrielle einer jener höheren Beamten ist, der bereits vor dem Krieg den Posten eines preussischen Geheimrats und Deputierten im preussischen Finanzministerium mit einem hervorragenden bezahlten Sitz in einem Direktorium der deutschen Großindustrie vertauscht hat. Hugenberg fühlt sich als der berufene Repräsentant seiner Klasse, der des unbeweglichen Besitzes, des Gutsbesitzer, der Großindustriellen und Bergwerkeigentümer. Der unbewegliche Besitz ist für Anwendung faschistischer Gewaltmethoden, während der bewegliche Besitz die milderen Methoden der Verschleierung und der scheinbaren Zugeständnisse vorzieht. Das größte Unternehmen der Vorkriegszeit, die Friedrich Krupp A.-G. in Essen, war zweifellos von tüchtigen Geschäftsleuten beraten, als sie dem Geheimrat Hugenberg den Vorsitz in ihrem Direktorium 1909 anbot. Seit dem Anfang der industriellen Entwicklung in Deutschland vereinigte er im Ruhrgebiet alle großen Werke der bergbauischen Vereine, dessen Vorsitzender Hugenberg im Jahre 1912 wurde. Die Stellung verschiedener Auslandszeitungen im März 1914 gegenüber der Krupp A.-G. veranlaßten Hugenberg, die Gründung einer Auslandszeitung (s. m. b. h.) durchzuführen, um dadurch auch einen gewissen Einfluß auf die Presse zu gewinnen. Der 1912 ins Wanken gekommene Scherl-Konzern wurde von Hugenberg sanfter und übernommen. Die Scherl G. m. b. h. hat heute ein Kapital von dreißig Millionen Mark und treibt eine ausgesprochene republikfeindliche Politik mit ihrer Presse. Sie bringt folgende Zeitschriften heraus: „Berliner Lokal-Anzeiger“,

„Der Montag“, „Der Tag“, „Berliner Nachtausgabe“, „Die Woche“, „Die Gartenlaube“, „Sport im Bild“, „Scherls Magazin“, „Allgemeiner Wegweiser“, „Praktischer Wegweiser“, „Export-Woche“, „Kinematograph“, „Grundeigentum“, „Scherls Wohnungs-Zeitung“, „Der Kompaß“, „Film-Magazin“, „Die weite Welt“, Berliner Adreßbücher und Kursbücher. Hugenberg hat auch die Aktienmajorität von Haase in u. Dogler, der ältesten deutschen Annoncenexpedition, 1919 erwarb er die Anteilmehrheit der mit amtlicher Hilfe aufgebauten „Telegraphen-Union“, die über 1600 Zeitungen mit Nachrichten versorgt. Die Telegraphen-Union beschäftigt zurzeit rund 2700 Menschen, darunter 90 Redakteure. Die Vera-Verlagsanstalt G. m. b. H., die 1922 gegründet wurde, ist bestimmt, an notleidende Blätter Darlehen zu geben. Das Geld stammt aus industriellen Kreisen. Die Vera besorgt die Beeinflussung und Kontrolle von 14 bedeutenden Zeitungen in München, Stuttgart, Darmstadt, Elberfeld usw. Dem Scherl-Verlag gegenüber haben feste Bindungen die „Münchener Abendzeitung“, die „Augsburger Abend-Zeitung“, die „Allenstein Zeitung“, die „Bergisch-märkische Zeitung“, die „Niedersächsische Zeitung“, der „Schwäbische Courier“, die „Magdeburger Tageszeitung“, die „Leipziger Tageszeitung“, der „Fränkische Courier“, das „Göttinger Tageblatt“. Darüber hinaus gründete Hugenberg im September 1922 die „Wipro“, die eine Maternkorrespondenz herausgibt und weite Kreise der Provinzzeitungen damit versorgt. — Im Jahre 1916 gründete Hugenberg die Deutsche Lichtbildgesellschaft (Deulig-Film G. m. b. H.), die die „Deulig-Woche“ herausgibt, die sich schon jedem Leser begegnet ist. Als 1927 die Ufa ins Wanken kam, kaufte sie Hugenberg auf und mit den rund tausend Filmtheatern in seiner Hand übt er eine ungeheure Beeinflussung der Volksmeinung aus. Das Aktienkapital der Ufa beträgt heute rund 45 Millionen Mark. Es ist natürlich nicht zu verwundern, wenn Hugenberg im Besitz einer so großen Macht bei Film und Presse immer wieder versucht, den Diktator zu spielen und auch gegen die Beamten in ganz ungehöriger Weise Stellung nimmt. Unsere Kollegen sollten sich vielmehr um die Vorgänge im Wirtschaftsleben kümmern und die Auswirkung eines solchen Gewaltmenschen auf die zukünftige Gestaltung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse überdenken.

Sozialer Zwang und abhängige Arbeit. Der Facharzt für Psychotherapie Dr. Eliasberg, auch in unseren Kreisen kein Unbekannter, hat vor kurzem über obiges Thema in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag gehalten. In der „Münchener Post“ brachte Dr. J. Markuse darüber folgendes:

„Bestimmte soziale Phänomene müssen bei dem Stand heutiger Erkenntnis von psychopathologischen und ethnologischen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Hierzu gehört in erster Reihe der Konflikt des modernen Arbeitslebens, der in der Gegenüberstellung von sozialem Zwang und abhängiger Arbeit begründet liegt. Als Ausgangspunkt dieser Untersuchung dient der von Freud psychoanalytisch gewonnene Befundpunkt, daß in jedem Individuum vorbedingte soziale Konflikte seelisch verankert sind, die in dem Verhältnis von „Du“ und „Ich“ zum Ausdruck gelangen. In der natürlichen Anlage des Menschen liegen Tätigkeitsdrang und Funktionslust, diese vorherrschenden Strebrichtungen sind mit einem konsequenten Aufwand verbunden, der aber nicht mit Zwang zu tun hat, von letzterem spricht man erst dort, wo ein Teil der Persönlichkeit das Ganze ver Gewaltigt. Historisch betrachtet wird die Frage aufzuwerfen sein, ob in der Vorgeschichte der Menschheit der Arbeitsbegriff als Zwang erlebt ist oder nicht bloß als ein rechtlich-institutioneller Begriff vorhanden war, und die Beantwortung dieser Frage ist wohl dahin zu geben, daß der Konflikt zwischen Individuum und Gemeinschaft nicht primär war, sondern erst zu einem in der Entwicklung auftretenden geworden ist. Bei aller Zwangsausübung sind nach der Freud'schen Theorie sexuelle Triebkräfte, in weitestem Sinne gefaßt, stark mitbeteiligt, so waren auch die Wirtschaftskämpfe nach dem Kriege mehr Kraftproben eines Geltungswillens und Herr-im-Hause-Standpunktes wie eines Kampfes um Wirtschaftsgüter. Die Entwicklung der Gesellschaftsform, in der wir leben, ist dadurch gekennzeichnet, daß sie versucht, die Zwangserlebnisse des Individuums durch Verstärkung des rechtlich-institutionellen Zwanges zu vermindern, es kommt zu einer Art freiwilliger Anpassung, zur Disziplin, die zwar eine Bereitschaft, sich dem Zwang unterzuordnen voraussetzt, aber freiwilliger Natur ist. Die ursprüngliche Auffassung von Lust- und Unlustgefühlen in Arbeit und Zwang ist geltungslos geworden, Arbeitsfähigkeit und Arbeitsverhalten werden zu einer gesamten Arbeitsmotivation, in der individuelle, kulturelle und kollektive Momente von Einfluß sind, bestimmt. Aus alledem ergibt sich die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Psychotherapie der abhängigen Arbeit, die scheidet sich in allgemeine Sozialreform und in medizinisch-psychische Beeinflussung des einzelnen. Unter den Methoden der sozialen Psychotherapie in diesem Sinne ist die soziale Selbstorganisation von fundamentaler Bedeutung.“

Solidarität. Der Grundgedanke, der einem jeden Solidarisismus zugrunde liegt, ist die Gemeinsamkeit der Anschauung und des Willens. Der Solidarisismus übt, erblickt in dem anderen Menschen einen gleichberechtigten und gleichwertigen Genossen, der Liebe und Hilfe verdient. Er hält es für seine heiligste Pflicht, ihm Unterstützung angedeihen zu lassen, wenn die Notwendigkeit dazu vorhanden ist, er hütet sich mit peinlicher Sorgfalt ihn zu verletzen oder zu schädigen. „Der Mensch sei dem Menschen heilig.“ Dieses Fichtewort bildet die Richtschnur seines Tuns und Lassens, und die Menschenliebe, die uns lehrt, wie lieb und verwandt der eine Mensch dem anderen ist, beeinflusst sein Verhalten gegen die anderen Menschen. Zu diesem Solidarisismus, der edelsten Blüte menschlicher Pflichterfüllung, müssen die Menschen erzogen werden. Noch wohnt in zahlreichen Menschenherzen die Selbstsucht, die über Leiden geht, aber die Erziehung im Geiste des Sozialismus wird die Menschheit auf eine höhere Stufe edlen Menschentums heben. Das Goethewort „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“ wird dann zu einer Selbstverständlichkeit werden und das Band der Liebe und Gerechtigkeit wird die Menschen umschlingen. Das bedeutet natürlich nicht die Erötung des eigenen Ichs und die Vernachlässigung der eigenen Interessen zugunsten der Fremden. Dieser extreme hemmungslose und schrankenlose Altruismus ist ebenso falsch wie der schrankenlose Egoismus. Die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte. Die gesunde Selbstsucht, die das berechnete Interesse der Einzelmenschen oder der Gruppe betont, ist durchaus nicht zu verurteilen nach dem Sprichwort, daß sich jeder selbst der Nächste ist, und daß einem das Hemd näher ist als der Rock. Was ausgerottet werden muß, ist die rücksichtslose Selbstsucht, die fremde Interessen mit Füßen tritt. Der richtige Solidarisismus ist der Egoaltruismus, die Sorge für das eigene Interesse mit bewußter Rücksichtnahme auf das Wohl und Wehe der Mitmenschen, er bildet die Mittellinie zwischen glänzender Selbstaufopferung und brutalem Egoismus, er beruht auf dem Individualsozialismus, der Betonung der eigenen Persönlichkeit, die sich aber immer des Gemeinschaftsgedankens bewußt ist. Selbstverständlich fordert der wahre Solidarisismus die gegenseitige Hilfe, die Unterstützung und Gegenseitigkeit. Dieser Solidarisismus, der die Gerechtigkeit, die Menschenliebe und die soziale Gleichwertung in sich schließt, muß dem menschlichen Zusammenleben seinen Stempel ausdrücken. Er muß zum Leitstern unseres Tuns und Lassens werden im Verkehr der Menschen untereinander, im Völkerverkehr, im wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Leben. Auch im Verkehr der Völker untereinander muß er die Richtschnur unseres Handelns sein. Völkersolidarisismus und Volkssolidarisismus — das ist das Ziel, dem die Menschheit zustrebt, das ist das Ideal, dessen Verwirklichung uns Frieden und Glück bringen wird. Alle Kämpfe, die wir zu führen gezwungen sind, haben den alleinigen Zweck, den Boden zu ebnen und die Vorbedingungen zu schaffen für ein solidarisches Hand-in-Hand-Arbeiten aller Menschen, die eines guten Willens sind. A. B.

Fischotter-Frühling

Ein Fischotter des Berliner Zoo ist ausgebrochen und hält sich in den Gewässern des Tiergartens verborgen.

Ich stell mir vor: die Nacht ist schwarz. Und Mücken summen.
Am Neuen See hat das Lotal schon zugemacht.
Man sitzt ganz eng im Park. Und spricht von dummen,
Von dummen, dummen Dingen in der Nacht.

Zu ihren Schienen quillt von fern die 76.
Die älteren Herren gähnen schon — u—ähäh.
Und eine alte Schenerfrau verliebt sich
In ein verschlafen parkendes Coupé.



Ein Radio trägt aus London oder Kreta
Etwas Musik in diese helle Nacht.
Ein Mann sucht Stummeln. Einer denkt an Meta.
Und einer hat am Nachmittag Konkurs gemacht.

Was macht der Tonfilm? Zepfelin? James Klein?
Ich stell mir vor: die Nacht ist schwarz. Da blubbert's wo.
Ein Otter schnauft im Neuen See und Silberstein.
Ruft „Kudud!“ und schaut amüßert zum Zoo ...

Amo i. d. M.